

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Harald Güller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Dr. Sepp Dürr

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Dr. Franz Xaver Kirschner

Abg. Eike Hallitzky

Abg. Karsten Klein

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Inge Aures

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Schlussbericht

des Untersuchungsausschusses

**zur Prüfung etwaigen Fehlverhaltens und möglicher Versäumnisse von
Ministerpräsident Horst Seehofer, Staatsminister Georg Fahrenschon,
Staatsminister Joachim Herrmann, Staatsministerin Emilia Müller,
Staatsminister Martin Zeil, Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund Stoiber,
Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein, Staatsminister a. D. Prof. Dr. Kurt
Faltlhauser, Staatsminister a. D. Erwin Huber, Staatssekretär a. D. Georg
Schmid, Staatssekretär a. D. Jürgen W. Heike in Zusammenhang mit dem
Erwerb und dem Verkauf der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch die
Bayerische Landesbank (BayernLB) (Drs. 16/7500)
- Einsetzungsbeschluss (Drs. 16/3855) -**

Ich eröffne die Aussprache. Hierzu wurde im Ältestenrat eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Der Vorsitzende erhält zusätzlich 10 Minuten Redezeit für allgemeine Ausführungen zum Untersuchungsausschuss. Als erstem Redner darf ich dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Herrn Kollegen Dr. Florian Herrmann, das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Untersuchungsausschuss BayernLB/HGAA berichtet diesem Hohen Haus heute über die Ergebnisse seiner einjährigen Aufklärungsarbeit bezüglich der Vorgänge um den Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die Bayerische Landesbank. Der Untersuchungsausschuss wurde durch Beschluss des Plenums am 24.02.2010 eingesetzt. In 27 Sitzungen wurden insgesamt 80 Zeugen vernommen oder schriftlich gehört. Rund 300 Aktenbände wurden gesichtet und zwei schriftliche Sachverständigengutachten zu Rechtsfragen eingeholt. Der Untersuchungsausschuss ließ sich diese Gutachten außerdem von den Sachverständigen mündlich erläutern und konnte bei dieser Gelegenheit Fragen stellen. Um der Sache genau auf den

Grund zu gehen, haben wir uns zum Zwecke der Aufklärung sämtlicher zur Verfügung stehender Mittel bedient. Wir haben sogar einem Zeugen Ordnungsgeld auferlegt und Ordnungshaft angedroht, weil er zunächst die Auskunft verweigert hatte.

(Zuruf: Wer war das? - Harald Güller (SPD): Siegfried Naser!)

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses war eine Energieleistung aller Beteiligten. Mein Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamtes. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeiter des Justizariats und ebenso für diejenigen im Archiv des Landtags. Sie haben Berge von Material bewältigt. Besonderer Dank gebührt dem Stenografischen Dienst, der ebenfalls Großes geleistet hat.

(Allgemeiner Beifall)

Allein das Protokoll der Zeugenaussage von Professor Falthäuser hat einen Umfang von mehr als 200 Seiten.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hat aber auch nicht gereicht! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

In den Dank einzuschließen sind auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen. Sie haben die Sitzungen des Ausschusses für uns Abgeordnete vor- und nachbereitet. Dank gilt auch den Vertretern der beteiligten Ministerien, die in den Sitzungen des Ausschusses anwesend waren und uns stets als Ansprechpartner zur Verfügung standen.

Ich bedanke mich auch bei den Vertretern der Medien. Sie haben die Arbeit des Untersuchungsausschusses geduldig begleitet und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ganz ausdrücklich darf ich mich an dieser Stelle auch bei den Vertretern der Opposition im Ausschuss bedanken. Ich denke, das Klima im Ausschuss war im Großen und Ganzen gut. Das wird vor allem dadurch deutlich, dass sämtliche Beschlüsse im Ausschuss einstimmig gefasst wurden, mit Ausnahme der Zeugenreihenfolge und

des Schlussberichts. Der größte Dank gilt Herrn Staatssekretär Kreuzer. Er hat diesen Untersuchungsausschuss angenehm, kompetent und jederzeit souverän geleitet.

(Beifall bei der CSU, der FDP und Abgeordneten der SPD und der Freien Wähler)

Durch seinen Einsatz und durch sein Engagement konnte der von mir beschriebene Kraftakt erst geleistet werden. Sie, Herr Staatssekretär Kreuzer, haben dem Untersuchungsausschuss ein Gesicht nach außen gegeben. Sie haben dafür gesorgt, dass dieses Hohe Haus durch Ihre engagierte Aufklärung im Ansehen der Bevölkerung gestiegen ist. Ich glaube, ich spreche im Namen aller Fraktionen, wenn ich Ihnen für Ihren verdienstvollen Einsatz meinen herzlichsten Dank ausspreche.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Text des Berichts ist mittlerweile hinlänglich bekannt. Lassen Sie mich daher die Ergebnisse kurz zusammenfassen:

Erstens. Der Verkauf der Bank an die Republik Österreich im Jahr 2009 und die beiden vorangegangenen Kapitalerhöhungen waren die einzig sinnvollen Maßnahmen.

Zweitens. Die Mitglieder der amtierenden Staatsregierung haben dabei umsichtig und verantwortungsvoll gehandelt.

Drittens. Beim Kauf der HGAA wurden Fehler gemacht. Die gravierendsten Vorwürfe treffen dabei ganz eindeutig den damals amtierenden Vorstand der Bayerischen Landesbank. Auch der Verwaltungsrat hat nicht fehlerfrei gehandelt; das wird durch unseren Bericht deutlich. Die Mitglieder der Staatsregierung, die nicht dem Verwaltungsrat angehörten, trifft natürlich keinerlei Schuld. Das gilt selbstverständlich auch für Ministerpräsident a. D. Dr. Stoiber.

Viertens. Anhaltspunkte verdichten sich dafür, dass die Verkäufer nicht mit offenen Karten gespielt haben.

Fünftens. Den Vorstand der BayernLB trifft der Vorwurf, den Verwaltungsrat nicht korrekt informiert und beim Kauf der HGAA wissentlich schwere Fehler begangen zu haben.

Sechstens. Den Verwaltungsräten kann man lediglich den Vorwurf machen, dass Sie das Verhalten des Vorstands nicht erkannt und daher auch nicht verhindert haben. Der Verwaltungsrat hat zu keiner Zeit aktiv in den Verkaufsprozess eingegriffen. Nach einhelliger Meinung musste auch nicht eingegriffen werden, denn die Vertragsverhandlungen, die Due Diligence und die Rückschlüsse daraus lagen ausschließlich in der Zuständigkeit des Vorstands der Bayerischen Landesbank.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wer hat das kontrolliert?)

Natürlich hätte der Kauf der HGAA aus heutiger Sicht nicht erfolgen dürfen. Aber hinterher ist man immer klüger.

(Harald Güller (SPD): Aus damaliger Sicht auch nicht!)

- Ob aus heutiger oder aus damaliger Sicht: Das Befolgen des Rates der zahlreichen Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und anderer Berater hätte immer dazu geführt, dass die HGAA gekauft worden wäre. Die HGAA wäre höchstens zu anderen Konditionen gekauft worden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die zivilrechtliche Wertung des Verhaltens der Verwaltungsräte ist bekannt. Ich halte fest: Der Untersuchungsausschuss hat bei keinem der Verwaltungsräte grob fahrlässiges Handeln festgestellt. Soweit die grobe Fahrlässigkeit beim Verwaltungsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter nicht ausgeschlossen wurde, darf dies nicht als Aufforderung verstanden werden, Klage zu erheben.

(Zurufe von der SPD und den Freien Wählern: Sondern?)

Es ist an der Zeit, mit der Behauptung der Opposition aufzuräumen, dass bei jedem zweifelhaften Anspruch auch Klage erhoben werden muss. Fakt ist, dass der Kläger

seinen Anspruch beweisen muss. Fakt ist auch, dass das Gericht die Klage abweist, wenn Zweifel am Anspruch bestehen. Der Vorstand der BayernLB hat sich dazu entschlossen, Ansprüche gegen zwei Verwaltungsratsmitglieder geltend zu machen. Der Vorstand der BayernLB muss sehr sorgfältig prüfen, ob die Bank gut beraten ist, angesichts dieser Risiken einen teuren und im Ergebnis wahrscheinlich aussichtslosen Prozess zu führen.

Bevor ich nun im Einzelnen zu Ihrem Minderheitenbericht komme, möchte ich festhalten: Sie, Herr Kollege Güller, haben noch am 10. Februar gesagt, dass Sie mit den Darlegungen in unserem Bericht größtenteils konform gingen und ernsthaft überlegten, ob Sie ihm nicht teilweise zustimmten. Ich bin davon enttäuscht, dass Sie sich anders verhalten und dagegen gestimmt haben. Es handelt sich wieder einmal um ein reines Lippenbekenntnis.

(Beifall bei der CSU)

Wären Sie doch über Ihren Schatten gesprungen und hätten Sie Ihren Worten Taten folgen lassen.

Leider ist es wie immer: Die Opposition ist gegen alles, was die CSU vorschlägt, egal, wie richtig es ist.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das können wir viel besser!)

Ihr Minderheitenbericht ist jedenfalls ein Schlag ins Gesicht eines jeden anständigen Parlamentariers.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

Von Anfang an ging es Ihnen in diesem Ausschuss nicht darum, den Sachverhalt aufzuklären, sondern nur um ein schäbiges, politisches Kesseltreiben gegen verdiente Minister.

(Beifall bei der CSU)

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben Mitglieder der Staatsregierung mit Strafanzeigen überzogen, bevor im Untersuchungsausschuss überhaupt der erste Zeuge gehört war. Das hat es in Deutschland noch nie gegeben.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Hubert Aiwanger (FW): Vor allem nicht in Bayern!)

Wenn jemand wissen sollte, wie schnell man in eine ungewöhnliche, schwierige und unangenehme Situation kommt, dann Sie, Herr Kollege Pohl.

(Beifall und Zurufe von der CSU: Bravo!)

Es ist für mich unerträglich, dass jemand, der die Polizei anlügt, sich zum Moralapostel in Sachen BayernLB aufschwingt.

(Beifall und Zurufe von der CSU: Bravo!)

Sie wollten in diesem Untersuchungsausschuss die Zeugenbank zur Anklagebank machen, und das ging gründlich daneben. Sie wollten die Ära Stoiber, die sicherlich eine Erfolgsgeschichte ist, in Misskredit bringen. Auch dieser Versuch ist kläglich gescheitert.

Als Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, klar wurde, dass an den Strafanzeigen nichts, aber auch gar nichts dran ist, wäre es angemessen gewesen, sie zurückzunehmen und sich zu entschuldigen. Der von uns vernommene Staatsanwalt hat in aller Deutlichkeit und mehr als schlüssig dargestellt, dass bis heute kein Anfangsverdacht gegen die Mitglieder des Verwaltungsrats besteht.

Natürlich wittern Sie sofort wieder eine Verschwörung. Sie, Herr Streibl, fordern sogar eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, damit die Jagd auf die Verwaltungsräte auch ohne Grund weiter betrieben werden kann,

(Beifall der CSU)

ganz nach dem Motto: Was nicht passt, wird passend gemacht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Damit kennen Sie sich besser aus!)

In meinen Augen wäre es das Mindeste, dass Sie sich bei den Verwaltungsräten entschuldigen.

(Hubert Aiwanger (FW): Sie sollten sich bei den Steuerzahlern entschuldigen!)

Entschuldigen Sie sich bei der Staatsanwaltschaft München I für diese Unverschämtheit.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Soweit kommt es noch, dass wir uns entschuldigen müssen! - Florian Streibl (FW): Entschuldigen Sie sich bei der bayerischen Bevölkerung! - Weitere Zurufe von der SPD und den Freien Wählern)

Zwei Sachverständige, auch der von der Opposition beauftragte und benannte Sachverständige, haben deutlich gemacht: Verwaltungsräte haften nur für grobe Fahrlässigkeit. Sie haben daraus fälschlicherweise den Schluss gezogen, dass das Verhalten der Verwaltungsräte grob fahrlässig sein muss.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Daran wird wieder einmal deutlich, dass für Sie nicht die Aufklärung im Mittelpunkt steht, sondern das Ziel, die CSU vorzuführen und zu beschädigen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Tut ihr mir leid!)

Wer so Politik macht, handelt unredlich und beschädigt die Glaubhaftigkeit der Aufklärungsarbeit.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Das ist nicht zu glauben!)

Das Recht des Parlaments, Sachverhalte von öffentlichem Interesse aufzuklären,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

wird von der politischen Opposition dazu missbraucht, eine Hetzjagd auf den politischen Gegner zu betreiben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Meine Güte!)

Meine Damen und Herren, die Glaubhaftigkeit der Politik leidet massiv,

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

wenn Mitglieder des Untersuchungsausschusses schon vor der ersten Sitzung das Ergebnis verkünden, noch bevor überhaupt der erste Zeuge vernommen wurde.

(Beifall bei der CSU)

Ein Richter, der so vorgehen würde wie Sie, würde unverzüglich wegen Befangenheit abgelehnt werden, und zwar zu Recht.

(Zurufe der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Die Ausführungen in Ihrem Minderheitenbericht sind überwiegend ein Sammelsurium nicht belegter und nicht belegbarer Vermutungen. Sie stellen Behauptungen als Tatsachen in den Raum, ohne dass es dafür Beweise gibt. In Ihrem Minderheitenbericht ersetzen Sie die seriöse Auswertung von Zeugenaussagen und die Lektüre von Aktenfundstellen durch wilde Spekulationen. Sie versuchen so, die Menschen in Bayern an der Nase herumzuführen.

(Lachen des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ihr Minderheitenbericht besteht aus den Zutaten, aus denen auch ein Thriller von Dan Brown besteht: geheimnisvolle Verschwörungstheorien, abenteuerlicher Belastungseifer und blühende Fantasie.

(Zurufe von der SPD)

Der Höhepunkt Ihrer Arbeit wird dadurch markiert, dass Sie aus Dokumenten zitieren und diesen sogar noch einen geheimdienstlichen Hintergrund beimessen, obwohl diese Dokumente keinen Urheber erkennen lassen und offenbar frei erfunden sind. Sie liefern der Staatsanwaltschaft anonyme Dokumente in dem Wissen, dass diese Dokumente dann Aktenbestandteil werden. Später zitieren Sie dann genau aus diesen Dokumenten, um die Behauptungen zu belegen, und suggerieren damit, es seien objektive Beweise.

(Zuruf von der CSU: Da schau her!)

Es zieht sich wie ein roter Faden durch den Minderheitenbericht. Sie stellen Behauptungen auf und belegen Sie durch Ihre eigenen Ausführungen im Untersuchungsausschuss. Das beste Beispiel dafür bietet wieder einmal Herr Kollege Pohl.

In Ihrem Bericht führen Sie aus, die Beschränkung der Haftung auf grobe Fahrlässigkeit sei unwirksam. Das Ganze belegen Sie dann mit einer Fußnote. Natürlich habe ich mich als Jurist gefragt, wer so eine abwegige Rechtsauffassung vertritt. Da habe ich in die Fußnote gesehen. In der Fußnote steht aber nicht "Professor Lutter",

(Hubert Aiwanger (FW): Guttenberg!)

in der Fußnote steht auch nicht "Professor Schmidt", es steht auch nicht der Bundesgerichtshof drin. Nein, in der Fußnote steht - Zitat -: "Bernhard Pohl in der Befragung des Sachverständigen".

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Pohl verweist auf Pohl, indem er auf Pohl verweist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Originalität 10 Punkte, Seriosität 0 Punkte und das ist noch aufgerundet!

Das geht munter weiter bis hinein in das "Jahrhundertwerk", das Kollege Rabenstein in der vergangenen Woche veröffentlicht hat. Herr Kollege Rabenstein, Sie zitieren schlichtweg falsch. So schreiben Sie, dass Herr Landesrat Martinz vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt habe, und Sie schreiben ihm sogar noch ein wörtliches Zitat zu. In Wahrheit war Herr Martinz aber gar nicht in München und hat auch nicht vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt. Das lässt tief blicken bezüglich der Qualität Ihrer Recherchen.

(Zurufe von der CSU)

Übrigens, wie Sie alle wissen, gehört Landesrat Martinz der Österreichischen Volkspartei an, also der ÖVP. Wieso schreiben Sie dann im Buch "ÖVB"?

(Hubert Aiwanger (FW): Wenn Sie sonst keine Probleme haben! Es geht um Milliarden!)

Gab es da vielleicht einen Ghostwriter oder eine Ghostwriterin, vielleicht aus Oberfranken, Frau Aures?

(Beifall bei der CSU)

Sie meine Damen und Herren von der Opposition, schießen in Ihrem Bericht mit Schrot in der Hoffnung, dass vielleicht die eine oder andere Kugel ins Ziel trifft. Wie wir jetzt wissen, hatten Sie nur Platzpatronen geladen.

(Hubert Aiwanger (FW): Oje!)

Wer am Anfang schon verkündet, was am Schluss der Beweisaufnahme herauskommen wird, mag damit seine politischen Ziele verfolgen, verhindert aber objektive Aufklärung.

(Beifall bei der CSU)

Die Strategie wird einem da sehr deutlich: Auf die Hatz kam es Ihnen an, nicht auf den Hasen! -

(Harald Güller (SPD): Oje! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ja, Sie sind für den Wolf zuständig. Das weiß ich schon. Aber hier ging es eigentlich um den Hasen.

Ich fasse zusammen: Der Minderheitenbericht zeichnet ein Trugbild nicht belegter Vorverurteilungen. Unser Mehrheitsbericht hingegen beantwortet alle Fragen,

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

die der Untersuchungsausschuss zu beantworten hatte, umfassend, objektiv und überzeugend.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die SPD-Fraktion darf ich den stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, den Kollegen Güller, bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einem Jahr Untersuchungsausschuss ist heute der Tag der Wahrheit. Der Untersuchungsausschuss zieht Schlussbilanz. Ich sage an dieser Stelle für die SPD auch schon: Der *Untersuchungsausschuss* zieht Schlussbilanz. Dieser Landtag wird sich mit dem Landesbankdesaster und den 3,75 Milliarden Euro, die den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns an Schaden entstanden sind, noch oft beschäftigen müssen. Leider! Und nach dem, was Kollege Herrmann heute vorgetragen hat, befürchte ich sogar: noch öfter, als ich vor Beginn seiner Rede gedacht hatte.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe das, was Kollege Kreuzer noch als Vorsitzender aufgeschrieben und was er auch in seinem Pressestatement verkündet hat, dass auch zivilrechtlich ernsthaft an einer Aufarbeitung des Desasters gearbeitet wird, dass man auch für die Zukunft schaut, dass diese Landesbank in ruhigeres Fahrwasser kommt und zum Beispiel ein Geschäftsmodell diskutiert wird, ernst genommen. Nach Ihren Ausführungen, Herr Herrmann, kann ich nur sagen: Sie machen das Gleiche wie bei der Atomdebatte. Sie drehen sich nach dem Wind. Letzte Woche mussten Sie zugeben, dass alle Verwaltungsräte pflichtwidrig gehandelt haben, dass selbst nach Ihrer Meinung nicht auszuschließen ist, dass Herr Naser und Herr Faltlhauser grob pflichtwidrig gehandelt haben und dass damit Schadensersatzklagen möglich sind. Weil heute aber hier in der ersten und zweiten Reihe der CSU Ihre Chefs sitzen, die nach wie vor in Amt und Würde sind, machen Sie sich hier lieb Kind.

(Beifall bei der SPD)

Aber zumindest einen Vorteil hatte Ihre Rede doch, Herr Herrmann: Ich habe Sie hier ungefähr zehnmal so lange reden hören wie in einem Jahr Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Durch sachliche Äußerungen, durch Nachfragen, durch den Eifer, irgendetwas zu erkunden, sind Sie mir in diesem Ausschuss nicht aufgefallen. Das darf ich an dieser Stelle schon einmal klar sagen. Am letzten Tag mal kurz die Klappe aufmachen und eine vorgefertigte Rede vorlesen, Herr Kollege, das finde ich dann doch ein gutes Stück zu dünn für die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Die 3,75 Milliarden Euro Schaden schreien nach einer Aufarbeitung des Sachverhalts, sie schreien geradezu nach der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegenüber Verwaltungsräten und Vorständen, wo sie möglich sind, sie schreien danach, endlich ein tragfähiges Geschäftsmodell für die Bayerische Landesbank zu entwickeln,

damit ein solches Desaster in Zukunft nicht mehr passieren kann, und sie schreien auch danach, dass die CSU und einzelne ihrer Vertreter im Verwaltungsrat endlich auch einmal politische Verantwortung für das Desaster übernehmen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wie rechtfertigen Sie es denn, sehr geehrte Kollegen der CSU, dass an der Spitze Ihrer Fraktion mit Georg Schmid nach wie vor ein ehemaliger Verwaltungsrat steht, obwohl selbst in Ihrem Bericht steht: "Daher trifft alle Verwaltungsräte zunächst der Vorwurf, dass sie nicht nur pflichtwidrig, sondern auch einfach fahrlässig gehandelt haben."

(Beifall bei der SPD)

Wie verträgt sich das mit einer Position in diesem Hause? Wie verträgt es sich damit, dass Herr Huber, jetzt in der zweiten Reihe des Plenums, immer noch große Töne zur wirtschafts- und finanzpolitischen Unfehlbarkeit der CSU spuckt und gleichzeitig Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses dieses Landtags ist? Wie verträgt es sich damit, dass Herr Schaidinger als letzter Überlebender des Sparkassenverbandes im Verwaltungsrat nach wie vor glaubt, die Geschicke der Bayerischen Landesbank leiten zu können, wenn selbst Sie zugeben müssen, dass all diese Personen pflichtwidrig gehandelt haben und ihren Pflichten im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank und damit gegenüber der Bevölkerung des Freistaats Bayern nicht nachgekommen sind?

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Mit etwas mehr Anstand und Charakter hätten sie ihre Ämter bereits im vergangenen Jahr niedergelegt, oder sie würden die heutige Aussprache dazu nutzen, endlich Konsequenzen zu ziehen und zu sagen: Ja, ich habe Fehler gemacht und ich ziehe auch politische Konsequenzen aus diesen Fehlern.

(Beifall bei der SPD)

Was Herr Herrmann vorgetragen hat, ist nur die Fortsetzung dessen, woran man feststellt, wie unangenehm Ihnen dieses Thema ist.

In der vergangenen Woche haben Sie im Ältestenrat bei der Diskussion darüber, ob man dieses Thema, das, wie ich glaube, die Öffentlichkeit doch wirklich interessiert, nicht an die erste Stelle der Tagesordnung nehmen sollte, so wie es auch die Medien gewünscht haben, geäußert: Wir müssen auf unserer Ministerbefragung bestehen, und wir sind auch nicht damit einverstanden, dass die Tagesordnung umgestellt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Herr Kollege Schmid, Sie hätten Ihre Befragung von Minister Herrmann auch um 16 Uhr beginnen lassen können. Die GRÜNEN hatten angeboten - -

(Georg Schmid (CSU): Wenn die GRÜNEN verzichtet hätten, hätten wir auch verzichtet!)

- Lautes Zwischenquaken bringt nichts. - Die GRÜNEN hatten angeboten, beide Themen nach hinten zu verlegen.

Ihre Haltung zur Einordnung dieses Punktes in die Tagesordnung ist die Fortsetzung dessen, was Sie wollen: das Thema auf eine für Sie möglichst angenehme Zeit legen. Aber das wird Ihnen nicht gelingen!

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Mit der Wahrheit haben Sie es nicht so!)

Ob heute oder morgen ein paar Zeilen mehr in der Zeitung stehen oder nicht - das Thema Landesbank wird der CSU wie ein Mühlstein am Hals hängen. Die Menschen in unserem Land haben begriffen - aufgrund der Ermittlungen des Untersuchungsausschusses, aber auch aufgrund der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im letzten Jahr

-, dass Sie mit Ihrer Wirtschaftskompetenz in diesem Verwaltungsrat schlichtweg versagt haben.

(Beifall bei der SPD)

In die Köpfe der Menschen hat sich das eingebrannt.

Die Vertreter der Medien, die den Untersuchungsausschuss intensiv begleitet haben, konnten sich aus erster Hand einen Eindruck davon verschaffen, wie die Zeugen ausgesagt haben, wie sie auf Fragen geantwortet haben und wie glaubhaft die Behauptung ist, dass sie tatsächlich ein ganzes Wochenende lang seitenweise Berichte gelesen hätten, um aber am Montag doch darauf zu kommen, lieber keine Nachfragen zu stellen, sondern lieber den Umlaufbeschluss vom 23. April 2007 zu unterzeichnen.

Ab heute ist das alles schwarz auf weiß nachlesbar. Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses liegt - für alle Mitglieder des Landtages, aber auch für alle Bürgerinnen und Bürger einsehbar - vor. Er ist eine insgesamt 298 Seiten lange präzise Dokumentation des Versagens der Verwaltungsräte, die in ihrem Job die Maxime hatten: "Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen und schon gar nicht" - wenn sie denn schon mal anwesend waren - "in der Sitzung nachfragen!".

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Der Abschlussbericht ist aber auch eine präzise Dokumentation des Fehlverhaltens der Vorstände der BayernLB, das bis hin zu strafrechtlich relevanten Vorgängen reicht. Er ist vor allem eine Dokumentation des Größenwahns der CSU und insbesondere von Herrn Stoiber, die die Bank und damit den Freistaat in ein finanzielles Desaster bisher nicht gekannten Ausmaßes gestürzt haben. Das Motto hieß: "Immer größer, immer weiter!" Es wurde überhaupt nicht mehr darauf geachtet, was im Landesbankgesetz als Aufgabe der Bayerischen Landesbank statuiert ist: Mittelstandsförderung, Hausbank des Freistaats, Unterstützung des Sparkassenwesens. Von der Entwick-

lung hin zu einem global Player - mit einem Unterwegssein in Südosteuropa sowie Dependancen in Shanghai und New York - steht in diesem Gesetz nichts.

(Beifall bei der SPD)

Von den Vorgaben des Gesetzes haben Sie sich aufgrund dieses Größenwahns - "Wir können alles besser, wir sind die Schönsten" - weit entfernt. Das ist eine Ursache dafür, dass es zu diesem Desaster gekommen ist.

Keine Frage: Es gibt Unterschiede in der Bewertung einzelner Fragen; da stimme ich Ihnen zu, Herr Herrmann. Bei der Frage "grobe oder einfache Fahrlässigkeit?" geht es um den Kern des Untersuchungsausschusses - aus Ihrer Sicht. Letztlich geht es Ihnen mit Ihrer abweichenden Bewertung aber doch nur um eines: den Schutz der letzten Heiligtümer in Ihrer Fraktion, der amtierenden Abgeordneten Beckstein, Huber und Schmid, und um die Bewahrung des Andenkens des ehemaligen Ministerpräsidenten Stoiber. Zu allem anderen haben wir im Untersuchungsausschuss breite Übereinstimmung erzielt.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Offensichtlich haben Sie - abgesehen von dem Hinweis darauf, dass es in einer Fußnote "ÖVP" statt "ÖVB" heißen muss - unsere Anmerkungen nicht gelesen. Die Beantwortung der Fragen umfasst bei Ihnen 69 Seiten; wir haben sie auf 103 Seiten ergänzt, bei weitgehender Übernahme aller Ihrer Feststellungen und Bewertungen. Wir haben einige Ausführungen dazugetan. Ich zitiere dann schon einmal aus dem nicht-öffentlichen Teil der letzten Sitzung, in der Sie gesagt haben:

Wir könnten dort in weiten Teilen doch mitstimmen; aber aufgrund der Zeit und des Duktus der Beantwortung der Fragen wollen wir doch davon Abstand nehmen.

Reden Sie doch bitte nicht, nur um einigen in der ersten und der zweiten Reihe Ihrer Fraktion zu gefallen, den Kompromiss und die Einigkeit, die wir im Ausschuss erzielt

haben, klein, sondern bleiben Sie bei der Wahrheit. Es gibt große Übereinstimmung. Nur in der Frage "grobe oder einfache Fahrlässigkeit?" gibt es einen großen Dissens, und der ist mehr der CSU-internen Situation und dem Schutz ihrer Heiligtümer geschuldet als anderen Dingen.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Wir sind uns doch einig, dass der Verwaltungsrat am 20. April 2007 eine 69-seitige Präsentation bekam, in der 24 Warnhinweise standen, warum man die Bank zu diesem Zeitpunkt und zu diesem Preis nicht kaufen könne. 24 Warnhinweise - das haben uns mehrere Zeugen bestätigt.

Bei dieser Sitzung waren zum Beispiel Herr Huber, Herr Beckstein und Herr Schmid nicht anwesend. Nichtsdestotrotz hat man am 23. April dem Beschluss im Umlaufverfahren zugestimmt. In der Präsentation stand, dass die erste Prüfung in Kroatien noch nicht stattgefunden habe. Darin stand, dass die Prüfung in Kärnten noch nicht abgeschlossen sei. Darin stand, dass 300 Aktenordner nicht ordnungsgemäß seien. Darin stand, dass Akten ausgetauscht worden seien. Darin stand, dass die Kreditengagements noch nicht ausreichend geprüft worden seien. Und darin stand, dass eine weitere Prüfung, eine "Due Diligence II", notwendig sei.

Sie haben am Montag zugestimmt, ohne eine Rückfrage. Auch danach - das hat der Ausschuss wiederum einstimmig festgestellt - haben Sie das ganze Jahr über kein einziges Mal nachgefragt, ob es eine zweite Prüfung gegeben hat, wenn ja, was sie ergeben hat, ob der Kaufpreis angemessen und die Kaufpreisberechnung richtig waren. Sie haben auch nicht ein Mal nachgefragt, was denn in diesem Kaufvertrag alles steht.

Der Kaufvertrag hat 23 Seiten - ein riesiges Werk für den Kauf einer Bank für 1,625 Milliarden Euro. Veröffentlicht wurden die 23 Seiten von "Profil" im Januar 2010. Der Vertrag wurde zum Beispiel von Georg Schmid bis zum 28. Oktober 2010, seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuss, nicht einmal angeschaut, nicht einmal ge-

lesen. Es war die SPD, die ihm den Vertrag danach, schön verpackt, gegeben hat, verbunden mit der Ansage: "Es wäre zumindest nach der Aussage im Untersuchungsausschuss doch ganz nett, den Vertrag zu lesen, auf dem das ganze Desaster beruht."

Niemand von den Verwaltungsräten hat nachgefragt, wie der Vertrag ausgestaltet ist, und das das ganze Jahr 2007 über, einige, wie gesagt, nicht einmal bis 2010.

Wie ernst die Kolleginnen und Kollegen der CSU ihren Job genommen haben, zeigt die Schwänzerliste: 2006 und 2007 - das war der entscheidende Zeitraum - fanden 21 Sitzungen des Verwaltungsrates statt. Beckstein war 15 Mal, nein, nicht "anwesend", sondern "nicht anwesend". Bei sechs von 21 Sitzungen war er anwesend. Dennoch hat er fleißig einen Beschluss gefällt, ihn aber nicht einmal richtig angeschaut.

Herr Huber hat bei zehn von 21 Sitzungen gefehlt, Herr Schmid elfmal, unter anderem bei den entscheidenden Sitzungen, weil man Staatsgeschäfte - zwei Straßeneinweihungen! - wahrnehmen musste. Zwei Straßeneinweihungen sind demnach wichtiger als das größte Geschäft, das die Bayerische Landesbank jemals gemacht hat.

(Georg Schmid (CSU): Das stand doch gar nicht auf der Tagesordnung!)

- Kollege Schmid, der Einwand, das habe nicht auf der Tagesordnung gestanden, ist richtig.

(Georg Schmid (CSU): Na also!)

Dann dürfen Sie aber, wenn Sie am Freitag fleißig Bündle durchschneiden und Straßen eröffnen, nicht am Montag dennoch den Beschluss fassen, sondern dann müssen Sie sagen: "Ich fasse ihn eben nicht! Wir machen noch eine Sitzung. Ich höre mir das noch einmal an und stelle Fragen."

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Kollege Schmid, Sie waren es doch, der vor dem Untersuchungsausschuss behauptet hat: Ich war zwar nicht da am Freitag, aber ich habe es über das Wochenende gelesen. Da war keine Frage mehr offen. Darum habe ich am Montag unterschrieben. - Das waren doch Sie im Untersuchungsausschuss! Und jetzt erzählen Sie mir: Weil es nicht auf der Tagesordnung gestanden ist, konnte man am Montag zustimmen. Das ist doch in höchstem Maße erbärmlich, lieber Kollege.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nein, Sie hätten eine eigene Sitzung einberufen müssen, und wenn die anderen das nicht tun wollten, dann hätten Sie schlicht und ergreifend nicht zustimmen dürfen. Da hat es nämlich auch die Möglichkeit gegeben: "Nein, ich stimme dem Beschluss nicht zu." Ich weiß nicht, ob Sie es gesehen haben.

Wir haben festgestellt, dass die Verwaltungsräte blindes Vertrauen hatten. Auch das steht im CSU-Bericht. - Blindes Vertrauen, nicht Kontrolle. Aufgabe der Verwaltungsräte ist es, den Vorstand zu kontrollieren, Aufgabe der Verwaltungsräte ist es, die Geschäftspolitik, die Leitlinien zu bestimmen. Aufgabe wäre es gewesen, die Südosteuropa-Strategie zu diskutieren, nicht aber blindes Vertrauen zu üben. Blindes Vertrauen ist fehl am Platze und führt dazu, dass man fahrlässig bzw. grob fahrlässig handelt. Das ist die Erkenntnis des Untersuchungsausschusses. Wer einfach nicht kontrolliert und blind vertraut, ist dann eben auch zivilrechtlich haftbar und sieht sich einem Schadenersatzanspruch gegenüber.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Punkt, bei dem Sie sagen: Da kommen wir heraus, lautet: Wir haben nur fahrlässig gehandelt. Dazu die erste Feststellung: Haben Sie sich diesen Beschluss schon einmal angeschaut? Das ist keine gesetzliche Norm. Normalerweise haften Verwaltungsräte bei Fahrlässigkeit. Aber die Herrschaften in der Bayerischen Landesbank haben Anfang der 2000-er Jahre selber in ihre Satzung hineingeschrieben: Nein, wir wollen nicht mehr bei einfacher Fahrlässigkeit haften. Das ist ja vielleicht mühsam und man

muss öfter in Sitzungen gehen. Nein, wir haften nur noch für grobe Fahrlässigkeit. Sie selbst berufen sich jetzt auf etwas, was Sie nur für sich selbst als Sonderrecht in die Satzung der BLB hineingeschrieben haben. Ob das rechtmäßig ist, wird sich in den nächsten Jahren erweisen. Es gibt schon erste ernst zu nehmende Artikel, die wir in unserem Schlussbericht auch zitieren und die besagen, dass man das Thema der Haftung angehen muss. Aber man muss das Thema der Haftung nicht erst nach einem langwierigen Rechtsstreit angehen, sondern man muss dieses Thema auch politisch heute schon angehen. Deshalb muss der Haftungsmaßstab zumindest in der Satzung der Bayerischen Landesbank ab sofort wieder auf einfache Fahrlässigkeit gesenkt werden.

(Beifall bei der SPD)

Dies können wir, und dies werden wir als Folge des Untersuchungsausschusses auch in diesem Haus beantragen.

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich für den Ablauf des Untersuchungsausschusses. Bis auf einen Endbericht mündlicher Art, der mit dem schriftlichen Bericht der CSU offensichtlich nichts mehr zu tun hatte, war das Zusammenarbeiten zumindest mit Herrn Kreuzer in Ordnung.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Ich danke dem Landtagsamt, ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Fraktionen. Ich danke meinen Kollegen insbesondere auf Oppositionsseite. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass man bei einem solchen Bericht so eng und so gut zusammenarbeitet. Vielen Dank, liebe Inge Aures, vielen Dank Herr Pohl, lieben Dank, Sepp Dürr, dafür, dass wir so gut zusammengearbeitet haben. Ich glaube schon, dass wir dem Bayerischen Landtag am Ende, am heutigen Tag, etwas Gutes vorlegen können.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Untersuchungsausschuss zur Landesbankaffäre war ein notwendiger und - ich sage: - vor allem ein erfolgreicher Untersuchungsausschuss. Ich würde fast meinen, es war bisher der erfolgreichste Untersuchungsausschuss dieses Hauses. Zudem hat er Maßstäbe gesetzt. Das, was wir in diesem Bericht vorlegen, muss im Landtag, muss in der Staatsregierung und muss in der BayernLB Konsequenzen haben.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den Freien Wählern)

Das ist die Aufgabe des Landtags. Wir werden das kontrollieren, wir werden es begleiten, und wir werden die entsprechenden Anfragen und Anträge stellen. Das Thema der Haftung, der strafrechtlichen Verfolgung von Vorständen, die Frage, ob es ein Geschäftsmodell gibt, die Frage, wie der Haftungsmaßstab aussieht, werden wir immer wieder auf die Tagesordnung dieses Hauses bringen.

Für uns war der Untersuchungsausschuss erfolgreich. Dass er von Ihnen als CSU nicht als erfolgreich betrachtet wird, weil Sie zugeben mussten, dass Ihre Verwaltungsräte falsch gehandelt haben, und weil Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz durch den Kauf der HGAA massiv zerstört wurde, ist Ihr Problem. Sie werden Verständnis dafür haben, dass mir das relativ egal ist. Uns geht es um das Geld der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats, uns geht es darum, möglichst einige Euro des immensen Schadens zurückzuholen. Uns geht es darum, dass es in Zukunft in diesem Haus, in der Landesbank, unter den Augen der Staatsregierung nicht noch einmal zu einem solchen Desaster kommt. Dafür sind wir gewählte Parlamentarier, und dafür nehmen wir in dieser Wahlperiode auch unsere Position als Opposition wahr. Das nächste Mal werden wir sowieso das Landesbankgesetz grundlegend ändern. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Fraktion der Freien Wähler erteile ich Herrn Kollegen Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der politischen Bewertung sind sich alle Fraktionen im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags einig. Das Desaster der BayernLB ist nicht wie ein Komet vom Himmel gefallen; es hat einen Namen: CSU.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Die CSU stellt in ihrem Abschlussbericht fest, es bestehe überhaupt kein Zweifel, dass der komplette Vorstand und alle Verwaltungsräte beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria schuldhaft ihre Pflichten verletzt hätten. Das ist, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Herrmann, kein Kesseltreiben gegen ehemalige Minister. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich kann unterscheiden zwischen dem Respekt, den ich dem früheren Ministerpräsidenten Günther Beckstein für seine politische Lebensleistung entgegenbringe, und der Kritik, die ich an seiner Arbeit im Verwaltungsrat der BayernLB üben muss. Im Übrigen üben Sie diese Kritik auch. Sie werfen ihm ebenfalls schuldhaftes Fehlverhalten vor, und ich denke nicht, dass Sie es an Respekt mangeln lassen.

Herr Kollege Dr. Herrmann, wenn Sie meinen, Sie könnten fehlende Argumente ersetzen, indem Sie mit Schmutz werfen, kann ich Ihnen sagen: Ich werde mich nicht auf dieses Niveau begeben, Sie nicht an Ihren Vater erinnern oder Ähnliches.

(Unruhe bei der CSU)

Ich denke, man kann das auch sachlich abhandeln, ohne persönlich werden zu müssen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erste Feststellung des Untersuchungsausschusses: Der Vorstand der BayernLB hat versagt. Mitunter war aus den Mehrheitsfraktionen zu vernehmen, der CSU-dominierte Verwaltungsrat würde entlastet. Ich sage Ihnen: mitnichten. Sie haben doch den Vorstand bestellt. Sie tragen doch die volle politische Verantwortung für das unfähige Per-

sonal, das Sie in die Landesbank geschickt und damit auf den bayerischen Steuerzahler losgelassen haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Vorstände waren aber nicht nur unfähig, sie waren auch charakterlos. Sie haben kollektiv ihre Aussage vor dem Untersuchungsausschuss verweigert und damit versucht, die Aufklärung dieses Skandals zu behindern. Ich hätte dafür vielleicht noch Verständnis gehabt, wenn es einer strafprozessualen Taktik entsprochen hätte. Aber bei der Staatsanwaltschaft auszusagen und einen Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags arrogant anzuschweigen, das ist eine Respektlosigkeit, die diese Herrschaften hoffentlich noch einmal bereuen werden.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr
(GRÜNE))

Es ist gut, Herr Kollege Dr. Herrmann, dass die Staatsanwaltschaft mit Hochdruck daran arbeitet, diesen Fall auch strafrechtlich aufzuarbeiten und diejenigen, die es betrifft, dann auch ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Das sah am Anfang leider noch anders aus. Wir mussten mehrfach an die einzigartige Dimension dieses Finanzskandals erinnern - auch Kollege Weidenbusch hat dies Übrigens getan - und mit Nachdruck dem Umfang und der Bedeutung der Angelegenheit angemessene strafrechtliche Untersuchungen anmahnen.

Der Vorstand hat agiert wie in einem schlechten Film: Geheimtreffen im Jahre 2006 mit einem dubiosen Tilo Berlin, der sich mit einer Reihe betuchter Anleger plötzlich für eine marode Kärntner Bank interessierte, der Anteile kaufte, um sie kurze Zeit später mit einem Aufschlag von sage und schreibe 20 % weiter zu veräußern, Anteile an einer Bank, deren Ruf so gut war wie der von Teresa Orłowski im Vatikan.

Meine Damen und Herren, es war doch bekannt: Ein leitender Mitarbeiter der BayernLB, ein Herr Haas, Zögling des früheren Finanzministers Kurt Faltlhauser, hat in

einer Protokollnotiz die Frage aufgeworfen: Was will die BayernLB mit dieser Bank? Er hat sie mit Attributen belegt wie "Balkanbank" und "Haiderbank". Er hat die richtigen Fragen gestellt, aber keiner hat sie zur Kenntnis nehmen wollen.

Bayern hat eine Bank gekauft, deren Vorstand innerhalb von wenigen Wochen dreistellige Millionenbeträge mit Swap-Geschäften verloren hat. Dann hat er versucht, die Verluste auf Jahre hinaus abzuschreiben. Aber das mit dem Abschreiben geht halt leider Gottes manchmal schief. Deshalb hat man den Vorstandschef wegen Bilanzfälschung verurteilt.

Es hat den Bankvorstand damals seinen Job gekostet. Aber weil die Bank meinte, sie könnte auf derartige Koryphäen nicht verzichten, hat sie ihn umgehend zum Aufsichtsratsvorsitzenden gemacht. Dieses Unternehmen hat die BayernLB gekauft, meine Damen und Herren!

Ich frage mich: Was hat den Verwaltungsrat angetrieben, dem Kauf einer solch fragwürdigen Bank zuzustimmen? Warum haben Faltlhauser, Beckstein, Huber, Schmid, Naser, Schaidinger, Christmann und die anderen zugestimmt? Warum? - Ich sage es Ihnen. Es war das Gen des Größenwahns, das ihnen der damalige Ministerpräsident Dr. Edmund Rüdiger Rudi Stoiber, wie er sich im Untersuchungsausschuss selber vorgestellt hat, eingeflösst hatte. Er verkörperte wie kein anderer die Ideologie des bayerischen Größenwahns, den der leider nicht anwesende Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Landesbankrede am 3. Dezember völlig zu Recht gegeißelt hat. Stoiber blieb im Hintergrund. Er wusste, warum. Er hat die Fäden gezogen, und seine Marionetten müssen die Suppe nun auslöffeln.

Er blieb so geschickt im Hintergrund, dass er sich noch nicht einmal für ein Foto mit dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider hergeben wollte. Offizielle Begründung: Mit einem Rechtsradikalen wie dem Haider will ich mich nicht ablichten lassen.

Er hat die Aufgabe dann an seinen Nachfolger Günther Beckstein delegiert. Ist das anständig, meine Damen und Herren? Es ist eine sehr merkwürdige Logik: Wenn es

für den amtierenden Ministerpräsidenten unschicklich ist, mit Haider zu posieren, warum ist das dann für seinen Nachfolger unbedenklich? Und überhaupt: Wenn ein Mensch so außerhalb jeder gesellschaftlichen Akzeptanz steht wie eben dieser Haider, warum macht man mit ihm dann solche Milliardenengeschäfte?

Edmund Stoiber, der am liebsten noch dem Bürgermeister von Wolfratshausen Tagesordnung und Beschlussvorschläge für die Stadtratssitzungen diktiert hätte, der soll macht- und hilflos dagestanden haben, als der ganze Stolz der CSU, die Bayerische Landesbank, eine Bank vom rechtsradikalen Haider kauft? Nein, meine Damen und Herren, das glaube, wer will. Stoiber wollte bloß die Finger hier nicht reinstecken; er wollte sich absichern und nicht mehr.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der Kauf selbst ist eine Aneinanderreihung schwerer Unzulänglichkeiten. Die Due Dilligence, die für den Kauf eine tragfähige Entscheidungsgrundlage liefern sollte, verlief überhastet, ohne ausreichende und belastbare Informationen, und nach Ansicht der beauftragten Berater ohne ausreichenden Erkenntnisgewinn. Dies hat sie dann auch in einem Disclaimer klar festgehalten. Der Kaufpreis von nominell 1,625 Milliarden Euro, tatsächlich aber 1,65 Milliarden Euro, übersteigt die vom Berater genannte Kaufobergrenze von 1,5 Milliarden Euro um sage und schreibe 150 Millionen Euro.

So hat der Berater Oliver Bender bezeichnenderweise vor dem Untersuchungsausschuss gesagt - er war Übrigens bei den Vertragsverhandlungen nicht dabei -, er habe den Abschluss mit den Worten kommentiert: So ein Blödsinn! Das darf man doch einfach nicht machen.

Der leitende Mitarbeiter der BayernLB, den ich vorhin zitiert habe, der Falthäuser-Zögling Haas, soll ebenso gedacht haben. Aber, meine Damen und Herren, damit noch nicht genug: Den absoluten Vogel hat der Vorstand abgeschossen, als er bei so einem Kauf, wo er so wenig Informationen hatte, nicht etwa Geschäftsgrundlagenre-

gelingen vereinbart hat, sich hat Garantien geben ließ, nein, er hat sogar auf die gesetzlichen Gewährleistungsrechte weitgehend verzichtet.

Wenn man nun schon meinte, die Katze im Sack kaufen zu müssen, keine ausführlichen Due Diligence durchführte, hätte man sich wenigstens im Vertrag weitgehend absichern müssen. Der juristische Berater der BayernLB, Rechtsanwalt Brodey, war völlig zu Recht über die Ignoranz des Vorstandes entsetzt. Er bezeichnete ein ordentliches Regelwerk über die Gewährleistung als das Wichtigste in einem solchen Vertrag. Und bei uns fehlt dies fast komplett.

Mit dem Kauf der Bankanteile für effektiv eine Milliarde sechshundertfünfzig Millionen Euro hat der Vorstand übrigens auch die Ermächtigung überschritten, die ihm der Verwaltungsrat damals gegeben hatte. Die Ermächtigung lautete auf 1,7 Milliarden Euro abzüglich 100 Millionen Euro bezifferte Risiken, insgesamt also 1,6 Milliarden Euro. Das durfte der Vorstand auch nur, weil er seine eigene Beschlussvorlage, die ein Maximum von 1,6 Milliarden abzüglich 100 Millionen Euro vorsah, noch um 100 Millionen Euro aufstocken ließ, um die Bankanteile ja zu bekommen.

Zusammenfassend: Der Kauf war eine Aneinanderreihung von Pleiten, Pech und Pannen. Und der Verwaltungsrat? Er ist dem Beispiel der berühmten drei Affen gefolgt: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von der CSU: Das haben wir doch schon öfter gehört! - Harald Güller (SPD): Deswegen bleibt es trotzdem richtig, auch wenn Sie es schon gehört haben!)

Kollege Huber ist nicht da, aber der Kollege Schmid ist da. Können Sie mir sagen, wozu wir beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria einen Verwaltungsrat gebraucht haben? Zumindest Erwin Huber hätte eigentlich wissen müssen, dass diese Bank eine Menge Sprengstoff birgt. Sein eigener Staatssekretär Spitzner hat ihn vor dieser Bank gewarnt. Er hat gesagt: Pass auf, das ist eine ganz heiße Kiste. Interessiert hat das

Erwin Huber wenig. Er kommentierte das mit den Worten: Beim Spitzner gab es viele heiße Kisten.

(Lachen bei den Freien Wählern - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das täte sogar stimmen!)

Soviel zur Sorgfalt eines Verwaltungsrats, meine Damen und Herren!

Man hat dem Verwaltungsrat die Zustimmung zu einem Kauf erteilt, als habe man über die Beschaffung eines neuen Teppichreinigers abgestimmt.

Der Beschlussvorschlag stand nicht auf der Tagesordnung. Huber, Beckstein und Schmid waren wie so oft nicht bei der Sitzung dabei. Deshalb hat man beschlossen, im Umlaufverfahren zu entscheiden - im Umlaufverfahren, wie wenn man ein Lokal für eine Weihnachtsfeier festlegt! Im Umlaufbeschluss hat man den größten Deal in der Geschichte der BayernLB gemacht! Nein, es war nicht möglich, noch eine weitere Verwaltungsratssitzung durchzuführen. Obwohl überhaupt keine vernünftigen und verlässlichen Grundlagen für einen sachgerechten Beschluss bestanden, weil die erste Phase der Due Diligence absolut chaotisch verlief, hat der Verwaltungsrat dem Vorstand einen Blankoscheck gegeben. Natürlich haben uns die Verwaltungsräte alle gesagt: Nein, nein, der Blankoscheck, der schriftlich vor euch liegt, war gar nicht so gemeint; der hat geheime Vorbehalte enthalten. Nur wenn die bestehenden Probleme beseitigt und eventuelle Risiken vom Kaufpreis abgezogen werden, nur dann sollte die Ermächtigung gelten.

Nur, die Risiken wurden nicht im vollen Umfang abgezogen, und von einem Gewährleistungsausschluss war in der Beschlussvorlage auch nicht die Rede. Der Vorstand hat beim Kauf eindeutig seine Ermächtigung überschritten. Aber der Verwaltungsrat hat es nicht einmal gemerkt. Kein Wunder. Erinnern Sie sich: Der Verwaltungsrat Schaidinger konnte in seiner Vernehmung noch nicht einmal zum Vernehmungszeitpunkt sicher sagen, was die Bank gekostet hat. Schaidinger, der sich einen Arroganzwettbewerb mit seinen Kollegen Falthäuser und Naser geliefert hat, hat gesagt: Shit

happens! Das war der Kommentar für sein Fehlverhalten. Ist das nun Ignoranz, Dummheit oder Desinteresse? - Suchen Sie es sich aus.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, selbst wenn man den geheimen Vorbehalt, den sie behaupten, akzeptiert, ändert das noch immer nichts am Totalversagen der Herren Falthäuser; Huber und Co. Wer hat denn die Einhaltung dieser Ermächtigung überwacht? - Kein Mensch hat sich um diese Vorbehalte gekümmert. Man hat es den Vorständen überlassen, sich bei Problemen zu melden. Die Kontrolleure haben den zu Kontrollierenden die Kontrollpflichten übertragen. Das ist eine Perversion sondergleichen.

Der Ausschuss hat völlig zu Recht das Totalversagen aller Verwaltungsräte und damit der tragenden Säulen der Regierung Stoiber festgestellt. Finanzminister, Wirtschaftsminister, Innenminister, Innenstaatssekretär, ihnen haben wir den Verlust von 3,725 Milliarden Euro zu "verdanken".

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wir meinen, und da unterscheiden wir uns von Ihnen in der CSU und der FDP, dass alle Verwaltungsräte persönlich in die Haftung genommen werden müssen. Wir sind es den Steuerzahlern schuldig, darauf zu drängen, dass Haftungsprozesse geführt werden. Wohlgedenkt, wir müssen darauf achten, dass sich die Verwaltungsräte nicht billig herauskaufen, sondern dass bestehende Ansprüche gerichtlich verfolgt werden.

Es ist ein Erfolg des Untersuchungsausschusses, hier allerdings ein Erfolg der Freien Wähler, der SPD, der GRÜNEN und der FDP, dass die Landesbank immerhin gegen Falthäuser und Naser vorgeht,

(Beifall bei den Freien Wählern)

aufgrund der Bemerkung im Mehrheitsbericht, dass grobe Fahrlässigkeit und damit Haftbarkeit bei Falthäuser und Naser nicht ausgeschlossen werden kann. Wenn Kol-

lege Dr. Herrmann heute wieder behauptet, diese Prozesse seien aussichtslos, dokumentiert das, dass dieses Ergebnis niemals zustande gekommen wäre, wenn Freie Wähler und FDP nicht dem Bayerischen Landtag angehören würden und die CSU noch mit absoluter Mehrheit regieren würde.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zurufe von der CSU)

Dann wäre dieses Ergebnis nicht zustande gekommen. Ich erinnere an die Sitzung vom 27. Oktober des vergangenen Jahres, als wir mit einem Dringlichkeitsantrag verjährungsunterbrechende Maßnahmen gefordert haben. Kollege König - auch nicht da - hat damals gesagt, Haftungsansprüche seien nicht erkennbar. Finanzminister Fahrenschon hat uns vorgeworfen, wir würden unser politisches Geschäft betreiben. Staatsminister Söder hat gesagt, CSU klage nicht gegen CSU, und Kollege Georg Schmid war als Anwalt in eigener Sache tätig und meinte, Haftungsklagen seien nicht veranlasst. Ohne Freie Wähler und ohne FDP wären SPD und GRÜNE auf verlorenem Posten gestanden, obwohl sie mit ihrer Kritik in der Sache völlig recht haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich will nicht verschweigen, dass es unterschiedliche Bewertungen gab und gibt. Während die Mehrheitsfraktionen bei den einfachen Verwaltungsräten nur normale Fahrlässigkeit annehmen und davon lediglich Faltlhauser und Naser ausnehmen, gehen wir bei allen Verwaltungsräten von einer grob fahrlässigen und damit besonders gravierenden Pflichtverletzung aus, so gravierend, dass man sie in die persönliche Haftung nehmen muss.

Ich habe den leisen Verdacht, der eine oder andere in der FDP sieht das genauso.

Aber letztendlich sind das juristische Wertungsfragen, die ein Gericht entscheiden muss. Deswegen appelliere ich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, nehmen Sie auch nach dem Abschluss des Untersuchungsausschusses die Gewaltenteilung ernst, lassen Sie die juristischen Haftungsfragen von den dafür zu-

ständigen Gerichten klären. Gregor Gysi schreibt in seiner unsäglichen Doktorarbeit: "Rechtsetzung und Rechtsprechung gehören in die Hand der Arbeiterklasse, und die Gewaltenteilung ist ein überkommenes bourgeoises Relikt." Meine Damen und Herren, zeigen wir diesem linken Wirrkopf, wie wertvoll und segensreich dieses bourgeoise Relikt ist und geben wir der Justiz die Chance, den Landesbankskandal rechtlich verbindlich zu bewerten und zu entscheiden.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Die politische Bewertung, meine Damen und Herren, haben wir im Untersuchungsausschuss trotz der verfehlten Ausführung des Kollegen Dr. Herrmann heute über alle Parteigrenzen hinweg einvernehmlich vorgenommen, haben das Versagen der verantwortlichen Verwaltungsräte deutlich benannt und damit zur Glaubwürdigkeit in der Politik beigetragen. Dafür gilt allen Kolleginnen und Kollegen unterschiedslos, namentlich den Kollegen Kreuzer und Güller als Vorsitzender und Stellvertreter, aber auch allen anderen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses mein aufrichtiger Dank.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Dr. Dürr das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeit des Untersuchungsausschusses steht im deutlichen Kontrast zur Arbeit von Vorstand und Verwaltungsrat der Landesbank. Wir haben alle ordentlich gearbeitet, auch wenn das nach der Rede des Kollegen Herrmann niemand mehr glauben würde. Aber man muss sagen, Kollege Herrmann hat bei der Arbeit des Untersuchungsausschusses Gott sei Dank keine Rolle gespielt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Man kann mit Stolz feststellen, dass wir ordentlich gearbeitet haben, und deswegen danke ich allen, die zum Erfolg dieses Untersuchungsausschusses beigetragen

haben, vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags, der Fraktionen und der Ministerien. Ohne sie hätten wir diese schwierige und umfangreiche Materie nie in so kurzer Zeit durcharbeiten können.

Man kann und darf bei der Bewertung irren, wie das CSU und FDP in ihrem Bericht teilweise machen. Man muss aber die Entscheidungsgrundlagen sauber herausarbeiten. Das ist dem Ausschuss im Unterschied zu den Organen der Landesbank insgesamt gelungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen danke ich Karsten Klein und Thomas Kreuzer für die wirklich gute Zusammenarbeit. Thomas Kreuzer hätte ich gern persönlich für seine Arbeit als Ausschussvorsitzender gedankt, weil ich sie als ebenso fair wie kollegial und unterhaltsam erlebt habe. Unsere diversen Dispute habe ich sehr genossen. Vielen Dank dafür.

Besonders danke ich natürlich auch Harald Güller, Inge Aures und Bernhard Pohl. Der Erfolg des Untersuchungsausschusses ist ein Erfolg der Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Diesmal wird sich unsere Oppositionsarbeit für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sogar in Euro auszahlen; denn nur durch unsere engagierte Arbeit haben wir die Landesbank gezwungen, Schadenersatzklagen einzureichen. Ohne uns würde der Freistaat keinen Euro von den 3,7 Milliarden Euro wiedersehen, die unter CSU-Verantwortung versenkt wurden.

Dass der Untersuchungsausschuss unterhaltsam war, habe ich schon angesprochen. Zu den Höhepunkten hat sicher der Auftritt des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber gehört. Er hat die Erwartungen voll erfüllt. Er war unverändert, auch wenn sich die Welt um ihn herum inzwischen erheblich verändert hat. Er hat nochmals gezeigt, was wir an ihm hatten. Ich meine, dass auch viele in der CSU froh darüber sind, dass wir ihn nicht mehr haben. Wir vermissen höchstens seine kabarettreife Einla-

gen. Ein Beispiel: Haider hat behauptet, er habe Stoiber getroffen. Das hat Stoiber mit dem denkwürdigen Satz zurückgewiesen: "Der Vater des Wunsches ist hier letzten Endes der Gedankengang."

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ein kabarettistischer Höhepunkt war auch der Blick hinter die Kulissen des Wirtschaftsministeriums unter Erwin Huber. Es war zwar in allen betroffenen Ministerien nicht immer gewährleistet, dass Stellvertreter für verhinderte Minister oder Staatssekretäre an Verwaltungsratssitzungen teilnahmen, aber beim Wirtschaftsministerium unter Huber hat dies schon groteske Züge angenommen. Das Wirtschaftsministerium war zum damaligen Zeitpunkt im Verwaltungsrat auf Beamtenebene nicht präsent. Das heißt, es war überhaupt nicht vertreten, wenn der Minister oder sein Stellvertreter auf eine Teilnahme verzichteten. Das war öfter der Fall. Deswegen konnte hier keinerlei Informationsweitergabe erfolgen, vor allem dann nicht, wenn ein Punkt nicht auf der Tagesordnung stand, die Tischvorlagen wieder eingesammelt wurden, die Protokolle aber erst, wie häufig, zur übernächsten Sitzung kamen. Das war zum Beispiel bei der berühmten April-Sitzung der Fall. Im Vermerk zum Umlaufbeschluss vom 23. April 2007 heißt es dann folgerichtig, ich zitiere:

Die Unterlagen wurden erst heute zur Verfügung gestellt. In der kurzen Zeit ist eine profunde Prüfung der Unterlagen nicht möglich.

Die Gelegenheit, eine Bank, die in den Märkten Südosteuropas tätig ist, erwerben zu können, ist selten. Es konnte in Erfahrung gebracht werden, dass der angedachte Beteiligungserwerb sowohl vonseiten des Staatsministeriums der Finanzen als auch vonseiten des Staatsministeriums des Innern unterstützt wird. Der Beschlussvorlage kann zugestimmt werden.

Das ist ein Armutszeugnis für das Wirtschaftsministerium. So erbärmlich sieht sie aus, die geballte Wirtschaftskompetenz der CSU unter Stoiber und Huber.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Auch an dieser Stelle zeigt sich, wie segensreich ein Untersuchungsausschuss wirken kann; denn in der Folge hat das Wirtschaftsministerium unter Minister Zeil seine Praxis geändert. In einem Vermerk vom November 2009 steht:

Die Oppositionsfraktionen werden in Kürze die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses beantragen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Teilnahme des offiziellen Vertreters des Staatsministeriums für die vollständige Dauer der Sitzung erforderlich.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Es geht aber noch weiter:

Sollte Herrn Staatsminister die Teilnahme zeitlich nicht in vollem Umfang möglich sein, könnte Frau Staatssekretärin oder Herr Ministerialdirektor die Vertretung übernehmen.

Es ist ja schön, wenn die Opposition das Wirtschaftsministerium dazu bringt, ordentlich zu arbeiten. Herr Zeil, wir können aber nur wegen Ihnen nicht einen permanenten Untersuchungsausschuss einsetzen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, die Arbeit im Untersuchungsausschuss war recht abwechslungsreich. Das Landesbank-Debakel war wie eine Wundertüte voller unerhörter Überraschungen. Bei jedem der 300 Aktenordner musste man auf das Unglaublichste gefasst sein.

Die HGAA ist vermutlich der größte Kriminalfall in Europa. Aber es war kein großes Versagen oder Verbrechen, das die Bank hat zusammenbrechen lassen, sondern viele einzelne haben sich wie Piranhas kleine oder größere Häppchen aus dieser fetten Beute herausgerissen. Umgekehrt haben wir im Ausschuss nur wenige getroffen,

die ihre Arbeit ordentlich gemacht hatten. Die Vorstände und Verwaltungsräte der BayernLB haben dazu leider nicht gehört. Entsprechend war auch ihr Auftreten im Untersuchungsausschuss. Jeder einzelne Vorstand hat jegliche Auskunft verweigert. Auch diese Befragungen trugen teilweise groteske Züge. Rudolf Hanisch, früher in der Staatskanzlei, habe ich beispielsweise gefragt: "Können Sie mir sagen, ob Sie Aufsichtsrat der HGAA waren, ohne sich zu belasten?"

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Er konnte es nicht. Selbst bei dieser Frage hat er sich auf sein Auskunftsverweigerungsrecht berufen. Ich habe mir das eine Zeit lang angehört und dann von meinem Frageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Auch der ehemalige Sparkassenpräsident Naser hat versucht, die Aussage zu verweigern, bis ihm der Untersuchungsausschuss einvernehmlich mit einer Ordnungsstrafe gedroht hat. Naser ist ein Mann, den vor der Einvernahme im Untersuchungsausschuss vor allem die Frage umtrieb, wer seine Übernachtungs- und Fahrtkosten zahlt. Die Drohung mit 1.000 Euro Strafe hat ihn prompt zum Reden gebracht.

Leider haben alle damals Verantwortlichen bei den Befragungen einen verheerenden Eindruck hinterlassen, nicht nur die Vorstände. Auch das Auftreten der früheren CSU-Größen entsprach ihrer Arbeit im Verwaltungsrat. Sie waren und sind sich bis heute keiner Verantwortung bewusst. Verantwortung und Schuld tragen, wenn es nach ihnen geht, nur andere. Für Stoiber war niemand verantwortlich, aber wenn überhaupt, dann seine Minister. Für seine Minister war niemand schuld, aber wenn überhaupt, dann Falthäuser. Für Falthäuser war niemand schuld, aber wenn überhaupt jemand, dann der Vorstand. Er hat aber gesagt, der Vorstand bestünde aus exzellenten Bankern, denen er vorbehaltlos vertraut habe. Es handelte sich um ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Die Staatsregierung hat sich auf den Verwaltungsrat verlassen. Der Verwaltungsrat hat sich auf die Vorstände verlassen. Der Vorstand hat sich darauf verlassen, dass schon alles gut gehen wird.

Wir haben uns im Untersuchungsausschuss vorgenommen, die politische und die rechtliche Verantwortung für das Milliarden-Debakel bei der HGAA aufzuklären. Das ist uns gelungen. Wenn es um die politische Verantwortung geht, stellt sich zuallererst die Frage nach der Rolle des früheren Ministerpräsidenten Stoiber. Das Landesbank-Debakel ist exemplarisch für das System Stoiber. Das geht bereits beim Umgang mit Haider los; das ist ein klassischer Stoiber. Bei der Staatsanwaltschaft hat Stoiber erklärt: Mit einem Rechtsradikalen treffe ich mich nicht. Im Untersuchungsausschuss hat er nochmals behauptet: Mit Haider macht man keine politischen Geschäfte. Das war genau der Stoiber, der Herrn Schüssel damals Herrn Haider als Regierungspartner empfohlen hat. Deswegen gab es in Österreich eine Regierungskoalition mit der FPÖ. Dafür hat Herr Schüssel Stoiber später öffentlich gedankt und ihm auch einen Orden verliehen. So war das. Zuhause wollte sich Stoiber jedoch nicht öffentlich mit Haider zeigen. Da musste statt seiner Herr Beckstein mit aufs Foto. Das ist genau die Art Saubermann, wie wir Stoiber kennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schmutzige Geschäfte sind für Stoiber kein Problem, wenn seine persönliche Weste sauber bleibt. Es ist wie früher: Immer aus der Verantwortung stehlen. Das gilt nicht nur für Haider. Auch was den Kauf der HGAA angeht, schiebt Stoiber die Verantwortung ab. Er hat gesagt: Der entscheidende Mann in all diesen Fragen ist der Finanzminister. Stoiber sagte auch, er hätte erwartet, dass die Repräsentanten der Staatsregierung auf ihn zukommen, wenn sie ein Problem gesehen hätten. Das ist genauso, wie die Verwaltungsräte erwartet haben, dass der Vorstand kommt, wenn es ein Problem gibt und sagt: Bitte kontrollieren. Trotzdem hat sich Stoiber immer wieder in die Ge-

schäftspolitik eingemischt. Das bekannteste Beispiel ist der politische Druck gegen das Veto der kroatischen Nationalbank. Um die entscheidenden Fragen hat er sich jedoch nicht gekümmert, im Unterschied zu Ministerpräsident Seehofer, der sich persönlich mit der Abgabe der HGAA befasste und die letzte Entscheidung selbst traf. Grundlegend für das Debakel ist der Umstand, dass Stoiber die Letztverantwortung für die strategische Ausrichtung der Landesbank hatte. Auch dazu bot Ministerpräsident Seehofer in der Befragung das Gegenmodell. Er hat gesagt, er habe selber entschieden, dass die Landesbank nichts auf dem Balkan verloren habe. Die Entscheidung, dass die Landesbank stand alone, wie es dort immer so schön hieß, also eigenständig bleiben musste, wurde außerhalb des Verwaltungsrats und letztlich durch Stoiber selbst getroffen. Stoiber hat es zu verantworten, dass eine Bank, die in dieser Größenordnung nicht gebraucht wurde, weiterwachsen musste. Das Rezept hieß, so hat Schaidinger die Banken auf dem Balkan charakterisiert: Fehler durch Wachstum ausgleichen. Das ist ein bewährtes CSU-Modell. Dieses Modell ist endgültig gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aufgrund der staatlichen Gewährträgerhaftung konnte die Landesbank lange konkurrenzlos günstig an Geld kommen. Herr Falthäuser hat bei der Befragung erklärt, es habe eine weltweite Nachfrage nach billigem Geld gegeben. Er hat von einer Einladung zu weltweiter Präsenz gesprochen. Jeder wollte also das billige bayerische Geld. Nur die Regierung Stoiber hat diese Einladung so begeistert angenommen. Dass die BayernLB mit diesem günstigen Geld nicht nur in ungewöhnlich hohem Maße ABS-Papiere kaufte, sondern auch eine Bank auf dem Balkan, war nur Stoibers Ehrgeiz und Größenwahn geschuldet.

Der Landtag hat bereits 2008 einen Untersuchungsausschuss eingerichtet. Wir haben damals versucht, das ABS-Debakel aufzuarbeiten. Damals wurde deutlich, dass die Ursache dafür eine Mischung aus Größenwahn und Fahrlässigkeit war. Arroganz hatte sich mit Ignoranz gepaart. Der Kauf der HGAA ist kein Betriebsunfall oder einmaliger

Ausrutscher, sondern das Ergebnis einer von Grund auf verfehlten Politik der Regierung Stoiber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zieht sich von den Milliardenverlusten in der Asienkrise über die Verluste bei der LWS mit ihren Immobiliengeschäften in Ostdeutschland, dem Milliardenkredit für Kirch und den Milliardenverlusten mit ABS-Geschäften bis hin zur HGAA durch. Allein die Tatsache, dass die Landesbank eine Bilanz von 400 Milliarden aufwies, während der Staatshaushalt, mit dem wir dafür hafteten, ein Zehntel davon betrug, zeigt, wie großwahnsinnig diese Politik war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zur rechtlichen Verantwortung. In einem ersten wichtigen Schritt hat sich der Untersuchungsausschuss durch zwei renommierte Gutachter, Professor Lutter und Professor Schmidt, den Rechtsrahmen darstellen lassen. Zu den wesentlichen Sorgfaltspflichten der Verwaltungsräte gehört es, dass sie dem Vorstand nicht blind vertrauen und ihre Entscheidungen nicht auf Hörensagen bauen, dass sie ihre Holschuld bei der Informationsgewinnung beachten und eine Entscheidung nur auf der Grundlage ausreichender Informationen fällen. Es ist ihnen ausdrücklich verwehrt - so sagten die Gutachter -, die sprichwörtliche Katze im Sack zu kaufen. Das sind lauter Selbstverständlichkeiten. Dös is dös, was a jeda doa dad. Wer dös ned duad, der is a Depp. Wer nicht macht, was jeder tun würde, der handelt grob fahrlässig.

Bis heute kennen die Verwaltungsräte ihre Organpflichten nicht. Auf Kritik an der unzureichenden Informationsgrundlage für die Entscheidung - sie haben nämlich nicht gewusst, in welchem Zustand die Bank überhaupt war - haben alle mit dem Verweis auf das sogenannte strategische Rational geantwortet. Aus damaliger Sicht sei es richtig gewesen, die HGAA zu kaufen. Keiner war in den Befragungen fähig, zwischen der unternehmerischen Entscheidung, der Frage, ob man kaufen soll, und den Sorgfaltspflichten, also der Frage, wie man kaufen muss, zu unterscheiden. Das haben sie

bis heute nicht verstanden. Deshalb hat auch keiner die Kritik der Sonderbeauftragten Linner verstanden. Deswegen haben sie auch zu Ihrer Entschuldigung - nicht nur öffentlich, sondern auch im Ausschuss - immer wieder auf den Eigentümergehalt verwiesen, auf die noch ausstehende Billigung durch Kabinett und Sparkassenverbandsversammlung. Diese beiden Organe, die Eigentümerversammlungen, unterliegen aber gerade nicht den besonderen Sorgfaltspflichten des Verwaltungsrats. Sie haben ganz andere Pflichten. Das haben sie bis heute auch nicht verstanden.

Der Exfinanzminister Faltlhauser hat gesagt, er sei für die Kapitänentscheidungen zuständig gewesen und nicht für den Maschinenraum der Landesbank. Wer möchte aber mit einem Kapitän fahren, der nicht weiß, was im Maschinenraum los ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dementsprechend hat sich der Verwaltungsrat bei der Kaufentscheidung nur auf die strategische Chance konzentriert. Die HGAA war die letzte noch zu kaufende Bank auf dem Balkan, und deswegen hieß die Devise statt, wie wir wissen, der in diesem Fall besonders angebrachten Sorgfalt: Augen zu und durch. Arroganz paarte sich mit Ignoranz. Alle Zeugen mussten einräumen, dass kein einziges Verwaltungsratsmitglied jemals danach gefragt hat, ob der Bankvorstand beim Kauf der Hypo Alpe Adria auch nur die primitivsten Regeln für den ordentlichen Kaufmann beachtete. Die Herren mussten zugeben, dass sie bis heute nicht die genauen Vorgänge oder den Inhalt der Verträge kennen. Kein einziger konnte sagen, ob die 200 Millionen Wertberichtigung, die laut Wirtschaftsprüfer abgezogen werden mussten, abgezogen wurden oder nicht. Der Verwaltungsrat hat sich auch nicht die Ergebnisse der Due Diligence, also die Prüfung der HGAA, darlegen lassen. Die Entscheidung, ob es sogenannte Dealbreaker gegeben hätte, blieb allein dem Vorstand überlassen. Eine Kontrolle dieser Entscheidung fand nie statt, weder beim Kauf noch danach. Deshalb ist es absurd, wenn Herr Beckstein erklärt - ich zitiere:

(...) wenn man nur ansatzweise das gehört hätte, was jetzt so in den Medien herumgeistert, dann hätte das natürlich nicht gemacht werden können, sowohl von der Höhe des Preises als auch von der Frage der Risiken.

Das haben Beckstein und die anderen nur deswegen nie gehört, weil sie den Vorstand nie gefragt haben. Das war grob fahrlässig. Das müssen sich die Herren Beckstein, Huber, Faltlhauser, der CSU-Fraktionsvorsitzende Schmid und alle anderen heute vorwerfen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Huber hält sich immer noch für den großen Wirtschaftsfachmann, obwohl er die größte Pleite in der Geschichte Bayerns mit zu verantworten hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Auf die Frage im Untersuchungsausschuss, wer die Verkäufer waren oder wohin der Verkaufserlös ging, hat er großspurig geantwortet, nur die Ware müsse man als Käufer kennen. Das sagt ein Mann, der bis heute keine konkrete Kenntnis vom Kaufobjekt hat. Der Kauf der HGAA ist ein Lehrstück gemäß dem Sprichwort: Hochmut kommt vor dem Fall. Bei den Vorständen und Verwaltungsräten der Landesbank bleibt der Hochmut leider auch danach noch. Der Kauf der HGAA war unverantwortlich. Es war unverantwortlich, mit Steuergeldern solche enormen Risiken einzugehen und die Landesbank sich auf dem Balkan tummeln zu lassen. Das würde auch dann gelten, wenn der Kauf rechtlich in Ordnung gewesen wäre. Der Kauf der HGAA war aber rechtlich nicht in Ordnung. Alle, die ihn gebilligt haben, haben pflichtwidrig gehandelt und deshalb den Verlust von mehreren Milliarden zu verantworten. Darin sind sich alle einig. Das steht auch im Bericht der CSU.

Deshalb ist es unerträglich, dass die Versager von damals, nämlich Erwin Huber und Georg Schmid, noch mit wichtigen parlamentarischen Ämtern in der CSU-Fraktion betraut sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genauso skandalös ist, dass der Sparkassenverband Herrn Schaidinger nicht längst aus dem Verwaltungsrat geschmissen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders empörend ist bei Huber, Schaidinger und Schmid, dass alle drei bis heute ihr Versagen leugnen und meinen, sie könnten so weitermachen, als wäre nichts gewesen. Ich habe bei der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses vor gut einem Jahr hier in diesem Hause gesagt, es sei unerhört, wenn Schmid wie andere Verwaltungsräte vor ihm beteuere, er habe nach bestem Wissen und Gewissen entschieden. Soviel hat sich schon vor Beginn des Untersuchungsausschusses erkennen lassen: Wissen oder Gewissen der CSU-Führung haben beim Kauf der HGAA keine Rolle gespielt. Diese Einschätzung hat sich bestätigt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Selbst die eigenen Leute müssen das jetzt einräumen. Deshalb erwarten wir, dass die CSU daraus endlich Konsequenzen zieht, wenn Schmid und Huber dazu selber nicht fähig sind.

Kolleginnen und Kollegen, der Untersuchungsausschuss hat sich nicht nur mit dem Kauf selbst befasst, sondern auch mit möglichen Versäumnissen danach. Hier muss man leider feststellen, dass es auch unter der Regierung Seehofer/Zeil zu erheblichen Versäumnissen kam. Insbesondere Finanzminister Fahrenschon, aber auch Wirtschaftsminister Zeil müssen wir eine Reihe von Pflichtverstößen vorhalten. Ich will nur fünf herausheben.

Erstens: Da ist der Sündenfall Corinna Linner. Das ist der gravierendste Pflichtverstoß. Als Finanzminister Fahrenschon im April 2009 der Zwischenbericht der Sonderbeauftragten Linner vorlag, hätte er eine juristische Prüfung beauftragen müssen. Er hätte prüfen müssen, ob der Kauf beim damaligen Kenntnisstand ohne Garantien und zu

dem Preis, der im April bekannt geworden ist, zu verantworten war. Linner stellt in ihrem Bericht ausdrücklich die Frage, ob die Beteiligten ihrer Sorgfaltspflicht gerecht geworden sind. Dieser Frage sind die beiden Herren nicht nachgegangen. Finanzminister Fahrenschoen wurde außerdem von den Rechtsanwälten Gaßner und Janik mehrfach aufgefordert, eine juristische Prüfung vorzunehmen und gegen die alten Verwaltungsräte vorzugehen. Minister Fahrenschoen hat sich weggeduckt und sich totgestellt. Er hat erst gehandelt, als der Untersuchungsausschuss vor der Tür stand. Alle damaligen Verwaltungsräte hätten den Hinweisen von Frau Linner nachgehen müssen. Der Vorwurf der Unterlassung trifft beide Minister, Herrn Zeil und Herrn Fahrenschoen.

Zweitens: Die neuen Verwaltungsräte hätten schon im Herbst 2009 nach der Regierungsübernahme gründlich prüfen lassen müssen, wo die Bank steht. Das sogenannte Asset Screening wurde mit einem Jahr Verspätung durchgeführt. Das hätte man noch vor der Kapitalerhöhung von 700 Millionen Euro machen müssen. Zu diesem Zeitpunkt stand schon fest, dass die BayernLB die HGAA aufgrund der EU-Auflagen ohnehin loswerden musste. Dass die Alternative der vorzeitigen Abgabe der Bank oder die Prüfung einer Rückabwicklung nicht erwogen worden ist, ist beiden Ministern, Fahrenschoen und Zeil, anzulasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kirschner?

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): - Er kann sich nachher zu Wort melden.

Drittens: Minister Fahrenschoen ist aus meiner Sicht ebenfalls vorzuhalten, dass ihm in seinem Hause die Verträge erst im Herbst 2009 vorlagen. Vor diesem Zeitpunkt lagen dem Finanzministerium keine der vielen Verträge mit den Verkäufern der HGAA und keine Nebenabsprachen vor. Das war mit der Grund, warum die Zwei-Jahres-Frist aus dem Sideletter mit der Kärntner Landesholding nach zwei Jahren unbemerkt verstri-

chen ist. Laut Sideletter waren danach sogar Minimalgarantien ausgeschlossen. Das ist ebenfalls ein Versäumnis.

Viertens: Herr Fahrenschoen und Herr Zeil haben Mitte 2009 das Kreditlimit für die HGAA ohne Prüfung von Alternativen um Jahre verlängert, obwohl die schwere Schieflage der Bank damals schon feststand.

Fünftens: Herr Fahrenschoen und Herr Zeil haben ebenfalls zu verantworten, dass in keinem einzigen der vielen Betrugsfälle bei der HGAA Schadensersatz gefordert wurde. Finanzminister Fahrenschoen - das muss man zu seiner Ehrenrettung sagen - war der Einzige, der sich im Aufsichtsorgan um die vielen Betrugsfälle gekümmert hat. Er hat immer gesagt: Jetzt müssen wir etwas machen. Passiert ist bis zum Schluss leider nichts. Die Lorbeeren - sprich die Klagen - ernten jetzt die Österreicher. Wir haben die Klagen vorbereitet, und die Österreicher ziehen diese jetzt durch. Den Schaden dieser Versäumnisse hätte man minimieren können. Leider ging der Pfusch auch unter der neuen Regierung weiter.

Kolleginnen und Kollegen, insgesamt war der Untersuchungsausschuss ein großer Erfolg. Am Ende - zwar haben wir das heute nicht gehört, das kann jedoch jeder nachlesen - musste selbst die CSU einräumen, dass nicht nur die Vorstände, sondern auch die Verwaltungsräte - Faltlhauser, Beckstein, Huber, Schmid und all die anderen - gegen ihre Pflichten verstoßend schuldhaft gehandelt haben. Damit ist die CSU fast vollständig mit uns auf einer Linie.

Wenn der Zug erst einmal richtig auf das Gleis gesetzt ist, ist er nicht mehr zu stoppen. Die CSU hat im vergangenen Jahr ständig versucht, neue Haltesignale aufzustellen. Erst hieß es, dass das Aktienrecht nicht gelte. Darauf hat die CSU infrage gestellt, ob der Vorstand überhaupt fahrlässig gehandelt habe. Schließlich wollte sie feststellen, dass nur der Vorstand pflichtwidrig gehandelt habe. Dann haben sie behauptet, dass es lediglich um eine einfache Pflichtwidrigkeit des Verwaltungsrats gehe. Dass die CSU mit Faltlhauser und Naser zwei Sündenböcke zum Abschuss freigibt, ist nicht

sachgerecht, sondern rein parteipolitisch motiviert. Immerhin wurde damit eine heilige Hemmschwelle durchbrochen. Selbst CSUler sind nicht unantastbar. Am Versagen der CSU-Regierung unter Stoiber besteht kein Zweifel. Das hat jeder in Bayern mitbekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Landesbank will bisher nur die Vorstände auf Schadensersatz verklagen. Dabei pfuschen Sie offenbar schon wieder. Das kann man in der Zeitung lesen. Offenbar sind Sie noch nicht einmal dazu in der Lage, ordentliche Klagen einzureichen. Gegen Falthäuser und Naser stellen sie bisher nur Regressforderungen. Offenbar wollen sie sich mit denen ohne Klagen einigen. Jedoch trägt nur eine öffentliche Verhandlung dem Sühnebedürfnis der bayerischen Bevölkerung Rechnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass die einfachen Verwaltungsräte wie Huber oder der CSU-Fraktionsvorsitzende Schmid straffrei ausgehen sollen, widerspricht dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass auch diese Verteidigungslinie nicht zu halten ist, wenn sich die Vorstände erst einmal vor Gericht verantworten müssen. Dann kommt das ganze Versagen der Aufsichtsorgane auf den Richtertisch. Die Verjährungsfrist beträgt noch sieben Jahre. Spätestens mit der neuen Regierung werden wir die Herrschaften zur Rechenschaft ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Untersuchungsausschuss hat längst eine bundesweite Wirkung erzielt. Ab sofort werden alle Aufsichtsräte, egal ob in Unternehmen oder staatlichen oder kommunalen

Beteiligungen, ihre Kontrollfunktionen ernst nehmen, weil sie Angst haben müssen, dass Schadensersatzklagen auf sie zukommen.

Die frohe Botschaft des Untersuchungsausschusses lautet: Gesetze gelten auch in Bayern, selbst wenn ehemalige CSU-Größen davon betroffen sind. Deshalb kann ich zum Schluss mit Stolz feststellen: Das einzig Erfreuliche an der ganzen Landesbank-affäre ist die Arbeit des Untersuchungsausschusses und der Erfolg der Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Für mich persönlich war dieses lange Jahr ein Gegenmittel gegen die grassierende Politikverdrossenheit. Die Botschaft lautet: Wer ordentlich und ausdauernd arbeitet, kann etwas bewirken. Die Arbeit im Untersuchungsausschuss hat mir wirklich Freude gemacht. Ich bin froh, dass sie erfolgreich war. Aber ich bin auch froh, dass sie vorbei ist.

(Heiterkeit - Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Dr. Dürr, es gibt noch ein kurzes Nachspiel. Herr Kollege Dr. Kirschner möchte eine Zwischenbemerkung abgeben.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sie und Ihre Kollegen haben gegenüber Herrn Zeil und Herrn Fahrenschon Vorwürfe erhoben.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Es waren mehrere Vorwürfe.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sie haben fünf Vorwürfe hintereinander erhoben, die alle den gleichen Inhalt hatten, dass nämlich versäumt wurde, rechtzeitig rechtliche Schritte einzuleiten. Sie vermischen das politisch Gewollte mit dem politisch Realisierbaren. In der Landesbankkommission haben wir einen einstimmigen Beschluss gefasst. Die GRÜNEN haben ebenfalls dem Beschluss zugestimmt, ein eigenes Gutachten von Flick Gocke Schaumburg anfertigen zu lassen. Das kennen Sie. Wirtschaftsminister Zeil und der Verwaltungsratsvorsitzende Herr Fahrenschon haben zur

Sicherheit ein Gutachten von Hengeler Mueller anfertigen lassen. Dass ein solches Gutachten nicht innerhalb von vier Wochen angefertigt werden kann, müsste Ihnen eigentlich bekannt sein. Insofern sind Ihre Vorwürfe null und nichtig.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das stimmt nicht ganz. Zwar ist es richtig, dass ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde, jedoch haben Sie mit erheblicher Verspätung gehandelt. Sie haben gehandelt, als der Landtag gehandelt hat, nicht nur mit der Beauftragung der Kommission, sondern auch mit der drohenden Einsetzung des Untersuchungsausschusses. Sie hätten viel früher handeln müssen. Bei Frau Linner können Sie das nachlesen. Sie haben kein einziges Mal erwogen oder diskutiert, ob Sie diese Vorwürfe rechtlich prüfen müssten. Es gab jede Menge Vorwürfe. Der entscheidende Vorwurf kam von Frau Linner. Sie hat das gesagt, was die Verwaltungsräte und die CSU heute beklagen: Der Vorstand hat uns nicht richtig informiert. Das hat Frau Linner Ihnen damals vorgeworfen. Sie hat noch nicht einmal die Verwaltungsräte attackiert, sondern den Vorstand. Damals haben sie das in ihrer Blindheit nicht kapiert, weil sie immer glaubten, sie befänden sich auf der Kapitänsebene.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Dr. Dürr, Ihr Fraktionskollege, Herr Hallitzky, hat sich noch zu Wort gemeldet.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Herr Kollege Dr. Dürr, stimmen Sie mir zu, dass die Argumentation des Herrn Kollegen Kirschner etwas ungewöhnlich ist, weil es beim Gutachten von Flick Gocke Schaumburg um die ABS-Papiere und nicht um die Hypo Group Alpe Adria ging?

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Für diesen Hinweis bin ich sehr dankbar.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Das habe ich vollkommen verpennt. Ich habe natürlich - freundlich, wie ich bin - gedacht, dass der Kollege Hengeler Mueller meint. Ich habe praktisch übersetzt, was er

gesagt hat. Man muss aber dazu sagen - ich habe ja noch Redezeit -, dass Ministerpräsident Seehofer das in der Befragung ebenso verwechselt hat, weil auch er davon ausgegangen ist, dass nach der Linner-Sitzung gehandelt worden wäre. Es ist aber in diesem Punkt nicht gehandelt worden, sondern nur in puncto ABS. Der Vorwurf des Versagens und der Versäumnisse gegen die beiden Minister bleibt bestehen. Sie haben vertuscht, statt gegen die CSU-Verantwortlichen rechtzeitig und konsequent vorzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Klein für die FDP-Fraktion. Sie haben das Wort, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein Novum in der Geschichte des Bayerischen Landtags, dass der Untersuchungsausschuss mit einem Mehrheitsbericht endet, der das Fehlverhalten von ehemaligen Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung feststellt. Wir haben in unserem Bericht festgestellt, dass alle Mitglieder des Verwaltungsrats fahrlässig gehandelt haben und dass bei den Personen des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Naser und Professor Dr. Kurt Faltlhauser, grobe Fahrlässigkeit nicht auszuschließen ist. An dieser Stelle machen wir auch keine Rolle rückwärts. Der Bericht ist so, wie wir ihn verabschiedet haben, und genau diese Worte sind darin enthalten.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Die FDP hat von Anfang an objektiv und sachlich zur Aufklärungsarbeit beigetragen. Wir haben nicht zur Treibjagd geblasen, sondern haben ohne Ansehen der Person aufgeklärt. Das Ergebnis ist auch, dass es keinen Freischein für Politiker gibt. Wir haben mit dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses ein Stück weit - alle Redner vor mir haben es praktisch schon hervorgehoben - gemeinsam einen Beitrag dazu geleistet, dass Vertrauen zurückgewonnen werden konnte. An dieser Stelle sei mir nach dieser Debatte auch zugestanden zu sagen: Wie nötig die FDP in diesem Untersu-

chungsausschuss und die neuen Kräfte in diesem Parlament sind, hat die Debatte heute gezeigt.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Der Bayerische Landtag hat uns beauftragt, mögliches Fehlverhalten und etwaige Versäumnisse zu untersuchen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien bedanken. Ich glaube, ohne den entschiedenen Einsatz aller wäre diese Aufklärungsarbeit nicht möglich gewesen. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle diesen Dank aussprechen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karsten Klein (FDP): Sie können gerne am Schluss Stellung nehmen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Es tut mir leid. Sie können sich dann gern am Schluss melden.

Karsten Klein (FDP): Wir haben im Untersuchungsausschuss in 29 Sitzungen 74 Zeugen befragt. Wir haben über 300 Aktenordner verarbeitet und ausgewertet. Wir von der FDP haben uns schon am Anfang aktiv eingebracht und den Fragenteil, den die Opposition eingebracht hatte, um weitere siebzig Fragen ergänzt. Unser Schwerpunkt lag klar bei Fragen an Berater und Aufsichtsbehörden. Ich glaube, es war ein entscheidender Beitrag in den Befragungen - das hat zur Sachlichkeit und auch zur Aufklärung beigetragen -, dass wir diese Fragen und Themenkomplexe besonders beleuchtet haben. Wir haben uns engagiert in die Darstellung des Sachverhalts im Abschlussbericht eingebracht. Wir haben dafür Sorge getragen, dass am Ende des Sachstandberichtes eine Zusammenfassung der Entscheidungen des maßgeblichen

Entscheidungszeitraums gegeben wurde, und wir haben bei der rechtlichen Würdigung hart gerungen.

Ich glaube, dass der Bericht, der heute vorgestellt wird und den wir im Ausschuss mit Mehrheit beschlossen haben - ohne die Stimme der FDP wäre es nicht zu einem Mehrheitsbericht gekommen -, sehr wohl die Aufklärungsarbeit widerspiegelt. Ich möchte Herrn Kollegen Güller ausdrücklich recht geben: In vielen Teilen der Darstellung des Sachstands haben wir große Übereinstimmungen. Man sollte an dieser Stelle auch klar das Signal geben, dass wir - alle Fraktionen - in der Aufklärungsarbeit über weite Strecken einer Meinung waren. Es ist tatsächlich so, dass wir uns in dieser einen Fragestellung - grobe Fahrlässigkeit: ja oder nein - auseinanderdividieren. Das ist eine knifflige Entscheidung, zu der ich nachher noch komme.

Im Untersuchungsausschuss ist ein ganzes Arsenal an Fragen und neuen Themen angekommen. Wir hatten - wie schon gesagt - über 300 Aktenordner. Ich möchte mich bei meinen weiteren Betrachtungen auf den engen Bereich, nach unserer Meinung den Kernbereich, konzentrieren, nämlich die Entscheidungsfindung zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria. Eines muss man vorweg stellen: Das Debakel um die HGAA wäre zu verhindern gewesen oder zumindest deutlich abgemildert abgelaufen, wenn man sich an die Vorgehensweise gehalten hätte, die der Verwaltungsrat beim Prozess um einen möglichen Erwerb der BAWAG angewandt hatte. Es ist heute noch nicht erwähnt worden: In diesem Prozess hat der Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank dem Vorstand sehr konsequent klare Vorgaben gemacht, was in den Vertrag einzuarbeiten ist, wie sämtliche Risiken abgebildet werden müssen und wie er sich den Prozess vorstellt. Im Jahr 2007 waren also keine neuen Prozesse, keine völlig neuen Aufgaben an den Verwaltungsrat gestellt worden. Man kannte den Prozess vielmehr aus dem Jahr 2006.

Im Jahr 2007, bei der Sitzung des Verwaltungsrats am 20.03., in der der Verwaltungsrat zum allerersten Mal mit dem Thema eines möglichen Erwerbs der HGAA konfrontiert wurde - im Übrigen ist richtig: Der Punkt ist nur unter "Sonstiges" aufgerufen wor-

den -, bestand im Verwaltungsrat die klare Meinung, dass man für einen solchen Erwerb eine detaillierte Unternehmensbewertung, eine Due-Diligence-Prüfung braucht und eine solche vonnöten ist. Man hat damit den Vorstand beauftragt. Insofern muss man feststellen: Am 20.03. war noch alles im grünen Bereich. Auch am 20.04. stand der Punkt wiederum ohne Ankündigung auf der Tagesordnung - ich komme gleich noch dazu - und man hat einen Vortrag der Berater gehört, in dem über 25 Punkte - Herr Kollege Güller hat es schon gesagt - benannt wurden, in denen eine Nachprüfung, eine weitere Prüfung, eine zweite Due-Diligence-Prüfung, vonnöten gewesen wäre. Diese hat man auch in Auftrag gegeben. Es war aber nicht der Zeitpunkt, dass der Verwaltungsrat schon fähig gewesen wäre, pro oder kontra den Erwerb der HGAA zu entscheiden. Am 20.04. war das noch nicht so weit. Das haben die Berater klar zum Ausdruck gebracht, und zwar nicht nur in der Sitzung, sondern auch in den Befragungen. Auch das gehört zur gesamten Wahrheit.

Der Vorstand wiederum wollte einen Beschluss schon an diesem Tag. Man hatte auf Antrag von Professor Falthäuser vereinbart, am 23.04. einen Umlaufbeschluss zu machen. Interessant ist, dass in der Zwischenzeit, also vom 20.04. bis zum 23.04., bis der Beschluss unterschrieben sein musste, keine einzige zusätzliche Information erfolgt ist, keine einzige zusätzliche Sitzung, auch keine Telefonkonferenz und auch kein Meeting. Einige haben bilateral miteinander telefoniert, aber das Gremium ist weder in Gänze noch in Teilen zusammengetreten.

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass am 23.04. die Entscheidungsgrundlage exakt die gleiche war wie am 20.04. und dass der Verwaltungsrat deshalb am 23.04. zu diesem Thema nicht beschlussfähig gewesen ist. Das haben wir in unserem Mehrheitsbericht festgestellt.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den Freien Wählern)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch auf meinen Eindruck hinsichtlich der Befragungen kurz eingehen. Ich möchte zuallererst die Vertreter der Sparkassen benennen.

Die Herren, die bei uns im Untersuchungsausschuss Stellung genommen haben, haben sehr viel Wert darauf gelegt, dort nur als Gäste aufzutreten und aus Nettigkeit zu uns zu kommen. Die Spitze der unsäglichen Auftritte lag bei Herrn Dr. Naser und bei Herrn Schaidinger. Es gehört auch zur Wahrheit am Ende eines solchen Untersuchungsausschusses, dass man das benennt. Es war kein gutes Bild, das die Vertreter der Sparkassen und der kommunalen Spitzenverbände hier in diesem Haus abgegeben haben. Verantwortung übernehmen sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Das gilt insbesondere für eine Person, für Herrn Schaidinger. Obwohl der Vorsitzende der Bayerischen Landesbank im Dezember 2010 festgestellt hat, dass sein Verhalten im Jahr 2007 fehlerhaft und fahrlässig war, sitzt er nach wie vor im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank. Er hat in überhaupt keiner Weise vor dem Ausschuss deutlich gemacht, dass er, rückblickend betrachtet, eine andere Verhaltensweise an den Tag legen würde. Deshalb finde ich es höchst bedenklich, dass Herr Schaidinger nach wie vor Mitglied des Verwaltungsrats der Bayerischen Landesbank ist.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört auch: Das zu ändern, ist nicht Aufgabe des Bayerischen Landtags, ist nicht Aufgabe der bayerischen Staatsregierung, sondern das ist Aufgabe der kommunalen Spitzenverbände, in denen auch Vertreter der SPD und der Freien Wähler eine entscheidende Rolle spielen. Sie könnten da sicher noch Druck ausüben, damit dieser Fehler geheilt wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch kurz einen Blick auf die Verkäuferseite bei den Befragungen richten. Es war interessant, dass die dort unisono erklärt haben, sie hätten jemanden wie die Bayerische Landesbank gebraucht. Alle Argumente, die darauf hinausliefen, dass man

hier in der schlechteren Verhandlungsposition gewesen wäre, haben sich nicht bewahrheitet.

Zusammenfassend muss man über die Arbeitsweise im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank sagen, dass sie für diesen Fall völlig unangemessen war. Man hat die Federführung im Verwaltungsrat dem Finanzministerium, dem Vorsitzenden und dem Stellvertreter zuerkannt. Man hat dort Tischvorlagen über sich ergehen lassen, ohne dagegen vorzugehen. Man hat zugelassen, dass die Themen immer wieder unter "Sonstiges" auf die Tagesordnung genommen worden sind. Dagegen gab es keinen nachhaltigen und starken Widerstand. Im Verwaltungsrat herrschte damals kein konstruktiv-kritisches Klima. Das ist der Hintergrund für die Entscheidung am 20. bzw. 23. April. Auch die Teilnahme an den Sitzungen, die heute schon angesprochen wurde, ist ein Indiz dafür, wie ernst damals den Agierenden das Thema war. Das ist leider kein guter Aspekt im gesamten Verfahren.

Eines ist besonders bezeichnend: Bei den Befragungen konnte niemand der damals Anwesenden den Bruch zwischen der Sitzung am 20. April 2007 und dem Umlaufbeschluss am 23. April klar herausarbeiten. Nicht jedem war klar, woher und warum der Bruch kam. Am 23.04. war man nicht beschlussfähig, um den Vorstand der Bayerischen Landesbank zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria zu ermächtigen. Die Unterlagen der Berater sahen eine solche Ermächtigung überhaupt nicht vor; trotzdem hat man die Ermächtigung beschlossen. Dieser Widerspruch ist eventuell damals überhaupt niemandem aufgefallen. Jedenfalls konnte uns niemand sagen, wie es dazu kam. Das muss am Ende dieses Untersuchungsausschusses festgestellt werden.

Hinzu kommt, dass sich offensichtlich niemand der Bedeutung der Entscheidung so richtig bewusst war oder niemand ihre Bedeutung einfließen lassen wollte; denn das hätte bedeutet, dass man bei der Risikoprüfung und der Betrachtung der Themen noch sorgfältiger hätte vorgehen müssen. Das konnten wir leider nicht feststellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb haben wir bei allen Verwaltungsräten Fahrlässigkeit beim Verhalten beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria 2007 festgestellt. Das gilt für alle Verwaltungsräte und natürlich auch, selbst wenn wir dieses Urteil nicht niederschreiben sollten, auch für die von der Sparkassenseite.

Warum sprechen wir nur von Fahrlässigkeit und nicht von grober Fahrlässigkeit? - Wir sind der Meinung, dass die Aussagen der einfachen Verwaltungsratsmitglieder glaubhaft sind, dass sie davon ausgegangen sind, dass vor der Unterzeichnung des Vertrags, also vor dem Signing, noch eine Sitzung des Verwaltungsrats stattfindet. Überlegungen, wie die Entscheidung ausgefallen wäre, wenn es eine solche Sitzung gegeben hätte, sind reine Spekulation. Die Behauptung, dass die HGAA nur für ein bisschen weniger Geld gekauft worden wäre, halte ich für gewagt.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Das Ergebnis einer solchen Sitzung kann man nicht beurteilen und auch nicht festhalten. Deshalb sprechen wir von Fahrlässigkeit bei den einfachen Mitgliedern des Verwaltungsrats.

Anders stellte sich das natürlich beim Vorsitzenden und beim Stellvertreter des Gremiums dar. Die beiden sind laut dem Gutachten, das wir in Auftrag gegeben haben, die Ersten unter Gleichen. Das heißt im Umkehrschluss, dass das auch für diese einfache Fahrlässigkeit gilt. Ihnen wurden aber per Gesetz, Satzung und Corporate-Governance-Regelung zusätzliche Rechte eingeräumt. Das bedeutet nicht nur Berichtspflichten des Vorstands zwischen den Verwaltungsratssitzungen, das bedeutet nicht nur, dass sie in dringenden Fällen ohne den Verwaltungsrat entscheiden dürfen, wenn es die Situation nötig macht; das bedeutet nicht nur, dass sie auf eigenen Wunsch an Sitzungen des Vorstands hätten teilnehmen können; das bedeutet auch das Recht, den Geschäftsbetrieb und sämtliche Rechtsverhältnisse der Bank zu prüfen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, man sieht schon an dieser Aufzählung, dass der Vorsitzende und der Stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats der Bayeri-

schen Landesbank weitgehende Rechte und damit auch Pflichten hatten, um in das Handeln der Bank einzugreifen. Diese besonderen Rechte führen auch zu Pflichten. Die wichtigste Pflicht wäre die Einberufung einer Sitzung vor Signing gewesen. Das haben die zwei Betroffenen versäumt. Deshalb sind wir zu dem Schluss gekommen, dass wir im Verhalten des Vorsitzenden und des Stellvertreters grobe Fahrlässigkeit nicht ausschließen können. Das ist eine ziemlich eindeutige und klare Positionierung in einem Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei der FDP, der SPD; den Freien Wählern und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Das ist mit Herrn Herrmann nicht durchbesprochen!)

Sollten einige jetzt darauf hinweisen, dass die österreichische Seite und der Vorstand Tatsachen vorenthalten haben, muss man hier festhalten, dass das Fehlverhalten der Verwaltungsräte an dieser Stelle umso schlimmer wiegt; denn erst dieses Verhalten hat den Spielraum für ein solches Vorgehen eröffnet, zumindest hätten sie es unterbinden können.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Wer aber Kontrolle durch Vertrauen ersetzt, fordert das Schicksal heraus. Deshalb kann das auch nicht als Entschuldigung dienen.

Weitab von juristischen, inhaltlichen und sachlichen Erwägungen möchte ich an dieser Stelle eines festhalten: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer damals, als die Entscheidung gefallen ist, als Kurfürst mitentschieden hat, kann heute für sich gewiss nicht in Anspruch nehmen, dass er ein Bauernopfer sei.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Neben den inhaltlichen Themen, die ich soeben aufgeführt habe und die sich im Bericht wiederfinden, die auch für das Votum entscheidend sind, ob Fahrlässigkeit oder grobe Fahrlässigkeit, möchte ich noch auf ein paar andere Aspekte hinweisen, die auch im Untersuchungsausschuss behandelt wurden. Der Kauf der Hypo Group Alpe

Adria war im Prinzip auch gemäß Artikel 11 Absatz 1 der Satzung eine Richtungsentscheidung, zu der allein der Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank befähigt war, nicht der Vorstand, übrigens im Gegensatz zur freien Wirtschaft und zu Aktiengesellschaften. Wir mussten aber den Eindruck gewinnen, dass das dort keinem so richtig bewusst war. Viele haben sich auf die Osteuropastrategie zurückgezogen. Die Osteuropastrategie umfasste aber explizit nicht die Länder, in denen die HGAA ihren Schwerpunkt hatte.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Damit hier kein Missverständnis entsteht: Hier geht es nicht darum, dass in der Osteuropastrategie einige Länder vergessen wurden, sondern die HGAA hatte in Ländern ihren Schwerpunkt, die eine ganz andere Risikoklasse haben als die Länder in der Osteuropastrategie. Deshalb impliziert diese Entscheidung damals auch eine Richtungsentscheidung. Diese Richtungsentscheidung hätte es auch erfordert, dass man sich mehr und tiefer gehende Gedanken über das eigene unternehmerische Potenzial gemacht hätte. Man hätte sich nämlich die Frage stellen müssen, ob die Bayerische Landesbank damals - zu diesem Zeitpunkt ohne Konzernmanagement - in der Lage gewesen wäre, ein Unternehmen wie die Hypo Group Alpe Adria mit mehr als 400 überwiegend im Ausland tätigen Töchtern überhaupt zu führen. Darüber hat man sich zu dem Zeitpunkt aber nur in ganz eingeschränktem Maß Gedanken gemacht. Deshalb fallen Argumente wie die, dass man sich bei der Entscheidung getäuscht gefühlt, dass man eine falsche Entscheidung gefällt habe, ins Leere. Es geht um eine elementare Entscheidung, die der Verwaltungsrat damals gefällt hat. Diese Entscheidung hat er aufgrund von ungenügenden und unzureichenden Informationen und aufgrund einer unzureichenden Diskussion getroffen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den Freien Wählern)

Das alles wäre nicht so dramatisch, wenn es nicht um Steuergelder, wenn es nicht um die Gelder der Bürgerinnen und Bürger gehen würde. Deshalb bleibt nach wie vor die

Frage für das künftige politische Alltagsgeschäft offen, nämlich die Frage, ob der Freistaat Bayern neben einer Förderbank wirklich eine Staatsbank braucht.

Hier komme ich zu einem weiteren Punkt, den wir ebenso im Untersuchungsausschuss behandelt haben, nämlich das Thema öffentlicher Auftrag. Der öffentliche Auftrag, auch das haben unsere Gutachter festgehalten, steht über allen Geschäften, die die Bayerische Landesbank durchführt. Über allen Geschäften steht der öffentliche Auftrag! Alle Geschäfte sind nur im Sinne des öffentlichen Auftrags durchzuführen. Das hätte doch zumindest eine tiefere und aufmerksamere Prüfung erfordert. Alle uns im Untersuchungsausschuss vorgelegten Theorien von einer Zwei-Säulen-Bank finden wir im Landesbankgesetz nicht. Ich glaube, dort sind sie auch nicht niedergeschrieben, zu diesem Ergebnis kommt man vor allem, wenn man die Begründung durchliest.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Viel schwerer, liebe Kolleginnen und Kollegen, wiegt, dass wir nicht den Eindruck gewinnen konnten, dass man sich damals über die Frage, öffentlicher Auftrag ja oder nein, überhaupt Gedanken gemacht hat. Es gibt hierzu keinen einzigen Hinweis in einem der Protokolle, und es gibt auch bei den Befragten keine Aussage, dass sie an solchen Diskussionen teilgenommen hätten. Es gibt allein die Aussage, dass man sich persönlich, privat, für sich selbst, damit beschäftigt habe und zu einem positiven Urteil gekommen sei. Das alles ist dann auch noch im Hinblick auf die Osteuropastrategie zu sehen. Das halte ich persönlich angesichts dieser schwerwiegenden Frage aber für ungenügend.

Das Ergebnis des Untersuchungsausschusses liegt Ihnen vor. Der Untersuchungsausschuss hat aber auch eine ganze Reihe von Themen genannt, die in die Zukunft weisen. An dieser Stelle, wenn ich über das Thema Zukunft und die gegenwärtige Regierung spreche, muss festgehalten werden, dass diese Koalitionsregierung aus FDP und CSU die Landesbank und die Problematik in der Landesbank als Bürde von der

alten Regierung übernommen hat. Diese Koalitionsregierung hat aber gehandelt. Wir haben gemeinsam ein neues Landesbankgesetz auf den Weg gebracht. Wir haben auch dafür gesorgt, dass in den Verwaltungsrat zunehmend Sachverstand eingezogen ist. Wir haben die Aktionsmöglichkeiten der Bayerischen Landesbank räumlich und inhaltlich eingegrenzt, und wir haben die Tür für die Privatisierung in dieses Landesbankgesetz eingebaut. Daran können Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Diese Koalition hat verstanden. Wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und das Gelernte auch umgesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Thema war die Rechtsaufsicht. Bei unseren Befragungen hat sie sich als äußerst zahloser Tiger erwiesen. Die Rechtsaufsicht im Finanz- und im Innenministerium hat nämlich noch nicht einmal darüber nachgedacht, zu prüfen, ob der Kaufvertrag in Übereinstimmung mit dem Gesetz steht. Wir denken, auch hier muss künftig nachgebessert werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Und ein Drittes: Das betrifft dieses Hohe Haus im besonderem Maß, und zwar geht es um die Beteiligung des Landtags und um das Haushaltsbudget. Man muss sich nämlich durchaus fragen, ob der Kauf einer Bank in dieser Dimension angesichts der Größe des Geschäftes nicht das Haushaltsrecht und die Budgethoheit des Bayerischen Landtags berührt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist durchaus zu fragen, ob es damals ausreichend war, den Haushaltsausschuss kurz zu informieren und mit Hinweis auf den Nachtragshaushalt die Behandlung möglicher Kapitalerhöhungen in den nächsten Nachtragshaushalt zu verschieben. Das alles wiegt umso mehr, weil es nicht nur um die damals, in der aktuellen Situation, notwendigen Mittel ging, sondern vielmehr um das übernommene Risiko, das auf den Staats-

haushalt zukommen könnte. Ich glaube, hier haben wir ein Thema, über das wir reden müssen. Wir haben in dieser Frage auch gemeinsam nachgebessert, damit solche Themen künftig im Haushaltsausschuss mit Zustimmung verabschiedet werden müssen. Ich glaube, auch das war eine richtige Entscheidung in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der FDP)

Es ist aber auch wichtig, dass das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses auch Folgendes nach außen signalisiert: Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, dass wir keine Freischeine geben und dass wir auch einen Beitrag dazu leisten, dass Ähnliches nicht mehr passiert. Wir wollen vorbeugen und ich glaube, in dieser Frage muss ich Herrn Kollegen Dr. Dürr recht geben: Viele Verwaltungsräte, nicht nur in der Bayerischen Landesbank, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland, werden sich künftig zweimal überlegen, wie sie nach diesen Ereignissen ihre Aufgaben in einem Verwaltungsrat oder in einem Aufsichtsrat erfüllen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dem Bericht des Vorsitzenden hat die FDP nur zugestimmt, weil dort fahrlässiges Verhalten aller Verwaltungsräte festgestellt wurde. Wir haben nur zugestimmt, weil im Bericht in der Person des Vorsitzenden und seines Stellvertreters grobe Fahrlässigkeit nicht ausgeschlossen werden konnte. Nur mit der Zustimmung der FDP ist der Bericht zu einem Mehrheitsbericht geworden. Ich denke, unser Beitrag in der Aufklärungsarbeit kann sich nicht besser widerspiegeln.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letztendlich muss nach diesen Vorfällen auch über das staatliche Engagement neu nachgedacht werden. Bei waghalsigen Investitionen und beim Engagement in Regionen, die nicht zum Freistaat Bayern gehören, geht es um das Geld der Steuerzahler. Hier steht das Geld der Bürgerinnen und Bürger auf dem Spiel. Wir haben hier die politischen Verantwortlichkeiten geklärt und die zivilrechtlichen Folgen klar zugeordnet; das ist ein Gewinn an politischer Hygiene. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns allen gemeinsam in Zukunft der

Auftrag anheimfällt, dafür Sorge zu tragen, dass den Bürgerinnen und Bürgern solche Probleme und ein derart hoher Schaden nicht mehr zugemutet werden. So etwas muss abgewendet werden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das Wort hat jetzt Herr Professor Dr. Bausback. Ihm folgt Frau Kollegin Aures. Bitte schön, Herr Kollege Professor Dr. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Leider habe ich nicht mehr die volle Redezeit. Deshalb will ich mich auf einige Punkte beschränken, die sich auch auf die vorangegangenen Beiträge beziehen. Ich will nicht alles wiederholen, was Herr Kollege Herrmann zu Recht als das wesentliche Ergebnis des Untersuchungsausschusses dargestellt hat.

Vorweg noch zu Herrn Kollegen Klein. Das Ergebnis des Mehrheitsberichts ist ein gemeinsames Ergebnis von CSU und FDP, daran sollten wir festhalten. Wenn Sie hier die Frage des öffentlichen Auftrags ansprechen, so ist hervorzuheben, dass Herr Professor Schmidt, der Gutachter, klar ausgesagt hat, dass der Kauf der HGAA durch das Landesbankgesetz gedeckt war. Wenn es nicht so wäre, und in dieser Frage stehen Sie genauso in der Verantwortung wie wir, dann müsste man sofort über die MKB-Bank nachdenken. Insoweit sollten wir doch an diesem gemeinsamen Ergebnis festhalten.

Die Opposition hat behauptet, die Bayerische Landesbank habe bis heute kein tragfähiges Geschäftsmodell. Dies ist ein von Ihnen erhobener Vorwurf.

(Harald Güller (SPD): Das ist nachzulesen in zig Aussagen und steht im Protokoll!)

Die Bank schreibt inzwischen schon wieder schwarze Zahlen.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Kolleginnen und Kollegen, im Übrigen bestätigen Sie hier nur, was Kurt Tucholsky schon vor Jahrzehnten festgestellt hat: Neben dem Fortpflanzungstrieb und dem Trieb zu essen hat der Mensch zwei Leidenschaften, zum einen die Leidenschaft, Lärm zu machen, und zum anderen, nicht zuzuhören.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deshalb stehen Sie ja auch am Mikrofon!)

Meine Damen und Herren, die Bayerische Landesbank hat ein tragfähiges Geschäftsmodell. Wenn Sie sich die Entwicklung nach der Wirtschaftskrise anschauen, dann müssten Sie auch wissen, wie wichtig die Bayerische Landesbank inzwischen für die Finanzierung des größeren Mittelstandes ist.

Meine Damen und Herren, 29 Sitzungen, 74 Zeugen, mehr als 300 Aktenbände und nun das: Ihre Auftritte, Herr Güller, Herr Pohl, Herr Dürr, waren "dürr" im wahrsten Sinne des Wortes

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN: Oh!)

"Ein Tag der Wahrheit", sagten Sie, Herr Güller. Schon in dieser Sitzung sollten Sie sich an dieser Aussage messen lassen. Wir hätten auf die Ministerbefragung heute verzichtet, wenn die GRÜNEN auf die Aktuelle Stunde verzichtet hätten. Dann wäre die Beratung des Schlussberichts der erste Tagesordnungspunkt gewesen. Uns vorzuwerfen, dass wir nicht auf unsere Rechte verzichten, wenn die anderen Fraktionen ebenso wenig kompromissbereit sind, ist scheinheilig.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dass Sie, Herr Güller, es mit der Wahrheit auch im Untersuchungsausschuss nicht immer so genau genommen haben, durften wir während der Beweisaufnahme erle-

ben, als Sie nach einer Sitzung vor die Presse getreten sind und wider besseres Wissen behauptet haben, dass die Verwaltungsräte aus der Staatsregierung ihre Aufwandsentschädigungen für ihre Verwaltungsratstätigkeit eingesteckt hätten, obwohl drei-, viermal zuvor im Untersuchungsausschuss Thema war, dass diese Gelder unmittelbar zugunsten von Stiftungen des Landes abgeführt wurden.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die Behauptung, der Untersuchungsausschuss sei Ihr Erfolg,

(Inge Aures (SPD): Eurer nicht!)

ist der Gipfel der Unverfrorenheit.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn es keine Verfehlungen gegeben hätte, hätten wir den Ausschuss nicht gebraucht! Das haben wir euch zu verdanken!)

Der Gipfel der Unverfrorenheit ist auch, dass Ihr Fraktionsmitglied Dr. Rabenstein in seinem Buch auf Seite 152 feststellt, dass der Untersuchungsausschuss

(Zuruf von der SPD)

- ja, ich bin Schnellleser - eine Abrechnung Seehofers mit der Ära Stoiber sei. So ein Unsinn.

(Beifall bei der CSU)

Sie sollten sich zumindest darüber einig werden, ob das nun ein Erfolg der Opposition ist oder die Rache Seehofers, der mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gar nichts zu tun hatte; denn er ist nicht Mitglied des Hohen Hauses, was man natürlich bedauern kann.

(Harald Güller (SPD): Wenn Sie auch im Ausschuss nur einmal soviel gesagt hätten wie heute!)

- Herr Kollege, ich habe mich im Ausschuss immer dann, wenn es notwendig war, zu Wort gemeldet.

(Harald Güller (SPD): Heiterkeit im Saale!)

Die Behauptung, ohne Sie wäre der Untersuchungsausschuss zu keinem Ergebnis gekommen, ist falsch. Wir haben gemeinsam mit der FDP für die objektive Aufklärung gesorgt. Was Sie in Ihrem Minderheitenbericht als Substanz bringen, ist zum großen Teil Unsinn.

(Bernhard Pohl (FW): Haben Sie ihn gelesen?)

Herr Pohl, vom Niveau, das Sie für sich in Anspruch nehmen, haben wir mit Ihrem Metzger-Bild im Untersuchungsausschuss einen Eindruck erhalten.

(Bernhard Pohl (FW): Das Sie bis heute nicht kapiert haben!)

Dieses Niveau zieht sich durch und kann mit dem Unsinn, den Sie hier heute zur rechtlichen Würdigung und zur Fahrlässigkeit verbreiten - ich werde später noch darauf eingehen -, mithalten.

(Bernhard Pohl (FW): Jawohl, Herr Professor!)

Eines ist auf jeden Fall klarzustellen, Herr Pohl: Die bayerische Staatsanwaltschaft braucht keine Ratschläge von einem, der eigenes Fehlverhalten mit Lügen zudeckt.

(Widerspruch bei den Freien Wählern - Beifall bei der CSU)

Die Staatsanwaltschaft in Bayern handelt nach Recht und Gesetz und ist dem Legalitätsprinzip verpflichtet. Das müssten Sie eigentlich seit Ihrer Referendarausbildung wissen.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen brauchen wir, was die Gewaltenteilung angeht, von Ihnen keine Nachhilfestunden.

(Bernhard Pohl (FW): Offenbar doch!)

Herr Dürr, Sie sprechen ebenfalls von einem Erfolg der Opposition mit diesem Untersuchungsausschuss. Träumen Sie weiter! Nachdem, was wir heute erleben, wird deutlich: Alle tragfähigen Ergebnisse sind im Mehrheitsbericht niedergelegt. Daran ändert sich nichts, wenn Sie sich in billiger Weise über Versprecher des früheren Ministerpräsidenten Stoiber lustig machen.

(Bernhard Pohl (FW): Falscher Zettel!)

Herr Dürr, Sie haben nach all den Sitzungen offensichtlich nicht mitbekommen, wer für eine Klage gegen Vorstand und Verwaltungsrat zuständig ist. Falls Sie auf eine Regierungsbeteiligung hoffen, die nie kommen wird: Für eine Klage ist ausschließlich die Bank zuständig, niemand sonst.

Die Behauptung der Opposition, der frühere Ministerpräsident Stoiber habe im Hintergrund die Fäden gezogen, ist in sich widersprüchlich. Wenn Sie auf die Neigung des früheren Ministerpräsidenten abstellen, Dinge nach außen darzustellen, die zugegebenermaßen vorhanden ist, hätte das deutlich werden müssen. Im Untersuchungsausschuss wurde kein Beleg für eine Einflussnahme Stoibers gefunden. Wenn Sie ehrlich wären und neutral an der Aufklärung interessiert wären, müssten Sie das bestätigen.

(Bernhard Pohl (FW): Er lag regungslos im Bett!)

Durchsichtige Rücktrittsforderungen gegen unseren Fraktionsvorsitzenden Schmid und gegen Erwin Huber werden wir nicht mittragen. Wenn Sie diese Rücktrittsforderungen heute erheben, dann tun Sie nur das, was Sie schon von Anfang an gemacht haben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Können wir dieses Drama nicht beenden?)

Für Sie standen die Schuldigen, die Verantwortlichen vorab fest. Deshalb ist es ein durchsichtiges Manöver, wenn Sie jetzt mit diesen Rücktrittsforderungen kommen.

Die Bewertung, dass alle Verwaltungsräte grob fahrlässig gehandelt haben, steht auf juristisch sehr dünnem Eis, was offensichtlich Ihrer mangelnden Neutralität in diesem Untersuchungsausschuss entspringt. Sie begründen das in Ihrem Votum nicht ansatzweise. Ihre hanebüchenen Argumente dafür, die Beschränkung der Haftung auf grobe Fahrlässigkeit für unwirksam zu erklären, sind eine Beleidigung für jeden ernsthaften Juristen.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Die Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit wollen Sie jetzt aus der Satzung streichen. "Respice Finem" sagt der Lateiner; überlegen Sie, was das heißt. Überlegen Sie, was das für die vielen öffentlichen Unternehmen und auch für die Sparkassen in Bayern bedeuten würde, wenn die Verwaltungsräte, wenn solche Gremien auf eine Haftung für einfache Fahrlässigkeit verpflichtet würden: Sie würden die öffentlichen Unternehmen ihrer Handlungsfähigkeit berauben.

Meine Damen und Herren von der Opposition, letztlich haben wir in dem Ausschuss wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet. Die Ergebnisse wurden vom Kollegen Dr. Florian Herrmann im Wesentlichen dargestellt. Dazu haben wir weder die FDP gebraucht, obwohl wir gut zusammen gearbeitet haben, noch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition. Wer in der Bundesrepublik Deutschland hat sich bei privaten Banken oder öffentlichen Banken, bei denen Sie oder Ihre Parteifreunde in Aufsichtsgremien saßen, nach der Finanzkrise einer ähnlichen Aufklärungsarbeit unterzogen?

(Bernhard Pohl (FW): Das war sehr notwendig! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Witz! - Bernhard Pohl (FW): Wer hat denn sonst noch 3,7 Milliarden verzockt?)

Wir haben das in verantwortungsvoller Art und Weise gemacht, nicht im Interesse eines billigen politischen Schaukampfes, sondern um für die Zukunft aus den Fehlern, die es in der Bayerischen Landesbank gegeben hat, zu lernen und die Bank als Bank des Freistaates Bayern zukunftsfähig zu machen, egal in welcher Richtung sich der Freistaat Bayern für diese Bank entscheiden wird.

Meine Damen und Herren, es ist schade, dass Sie mit Ihrem Minderheitenbericht an einigen wenigen Stellen das Gesamtergebnis des Untersuchungsausschusses konterkarieren. Die Zusammenarbeit war über Strecken sicherlich gut und sachlich. Alle Kollegen haben das schon festgestellt. Mit billigen und polemischen Feststellungen zu einzelnen Punkten, insbesondere was die Frage der Fahrlässigkeit angeht, können wir nicht einverstanden sein. Wir müssen uns dagegen entschieden zur Wehr setzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, bleiben Sie noch kurz am Redepult. Jetzt folgt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Güller.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege, nachdem Sie so heldenhaft den ehemaligen Ministerpräsidenten verteidigt haben und vielleicht im Untersuchungsausschuss nicht alles mitbekommen haben: Wie werten Sie denn Ihre Aussage, dass er keinerlei Einfluss auf die kroatische Nationalbank genommen habe? In seiner Aussage hat er das so gesagt. Uns liegt eine Pressemitteilung der kroatischen Nationalbank von Gouverneur Dr. Rohatinski vor, die in einfachen englischen Worten sagt: "There ist no truth in Mister Stoiber's claim". - Auf Deutsch gesagt: Stoiber lügt.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, Sie hätten mir zuhören sollen. Ich habe gesagt, dass der bayerische Ministerpräsident Stoiber keinen Einfluss auf die Kaufentscheidung genommen hat, und dabei bleibe ich.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Aures. Danach hat sich Herr Kollege Dr. Bauer zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin Aures.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Prima, möchte ich sagen, dass Herr Professor Bausback heute einmal munter ist - im Ausschuss war er immer recht ruhig - und dass er heute einmal richtig "aufgedoppelt" hat.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Wenn Sie Tucholsky zitieren, dann antworte ich Ihnen natürlich mit unserem alten Wehner: "Quatsch, quätscher, am quätschesten!" Mehr braucht man dazu nicht zu sagen.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Lieber Herr Klein, ich habe mich heute einmal so angezogen wie die FDP, damit Sie nicht alleine sind. Ich kann Ihnen sagen: Sie haben objektiv mitgearbeitet, Sie haben sich immer kritisch eingebracht. Es ist schade, dass Sie am Schluss nicht mitstimmen durften, obwohl Sie sicher gewollt hätten. Aber wir werden natürlich dafür sorgen, dass es in eine gute Zukunft geht.

Sie haben das Landesbankgesetz angesprochen, das geändert worden ist. Dabei haben Sie leider vergessen zu sagen, dass wir von der Opposition, wir von der SPD, dafür gesorgt haben, dass der Haushaltsausschuss zukünftig bei Verkäufen und Zukaufen der Bayerischen Landesbank tätig werden muss. Es ist sogar eine Haushalts-sitzung unterbrochen worden, weil das nicht drin war. Aber das war nicht euer Verdienst, sondern da haben wir aufgepasst. Außerdem hätten Sie die Opposition mit hineinnehmen sollen, denn dann hätten Sie so etwas wie jetzt gar nicht erleben müssen. Das will ich schon noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Zu Dr. Herrmann möchte ich Folgendes sagen: Das, was er heute vorgelesen hat, was man ihm aufgeschrieben hat, war wunderbar. Wenn er mir so süffisant unterstellt, ich sei wohl der Ghostwriter aus Oberfranken für Dr. Rabenstein, kann ich nur sagen: Ich wäre doch nicht so blöd, einem anderen sein Buch zu schreiben. Da würde ich das Buch selbst herausgeben. Außerdem schreibe ich in Fränkisch und nicht in Hochdeutsch, nur damit das einmal klar ist.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Liebe Freunde, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie haben die Sparkassen in dieses Drama mit hineingeritten. Die Staatsregierung war dafür zuständig, dass auch die Sparkassen 1,5 bis 1,8 Milliarden Euro verloren haben. Der Wertverlust beläuft sich auf das Drei- bis Vierfache. Das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen. Und wenn Ihre Sparkassen daheim immer sagen, das hätten sie alles wertberichtigt und abgeschrieben, dann haben Sie auch das Geld vernichtet, nämlich das Geld der Kommunen, der Gewährträger, der Landkreise, der Städte und Gemeinden, die die Eigentümer sind, liebe Freunde.

(Beifall bei der SPD)

Dann komme ich zu Dr. Naser. Er ist fulminant gestartet und hat alles an sich gerissen. Das ist eine Fehlleistung, die er hier hingelegt hat, ist an Arroganz, an Selbstüberschätzung, an Großmannssucht nicht zu übertreffen. Aber da hat er sich bei der Staatsregierung in guter Gesellschaft befunden.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Er hat dafür gesorgt, und Sie haben ihm die Vorlage dafür geliefert, dass die Bank gekauft worden ist - zu schnell, überteuert, ohne eine Prüfung vorgenommen zu haben, ohne eine Einschränkung festzulegen, was Garantien und Haftungen betrifft. Ein Kaufvertrag für 1,625 Milliarden Euro auf 23 Seiten ist durchgerutscht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne Tischvorlagen. Da hat selbst der CSU-Fraktionsvorsit-

zende gesagt: Das stand ja nicht auf der Tagesordnung. Ja, wissen Sie denn, dass diese Bayerische Landesbank, dieses grandiose Unternehmen nicht einmal eine Geschäftsordnung hat? Da ist nicht einmal geregelt, was wie auf die Tagesordnung kommt. Jeder "Bauernbürgermeister" draußen muss sich an das halten, was in der Bayerischen Gemeindeordnung steht, und hier macht man, was man will.

(Alexander König (CSU): Na, na, na!)

- Doch, das ist so. Die Bürgermeister bekommen gleich eine Dienstaufsichtsbeschwerde, wenn sie die Tagesordnung nicht richtig aufstellen, und hier kümmert sich kein Mensch drum. Darauf muss Herr Fahrenschoen in Zukunft ein wenig mehr achten.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Die Finanzkrise, die hier die ganze Zeit angesprochen wird, kommt nicht von ungefähr, sondern Sie haben sie selber produziert. Da brauchen Sie jetzt nicht zu lamentieren.

Zu Herrn Schaidinger, der immer noch an seinem Stuhl klebt und uneinsichtig ist - er hat uns auch mit hineingeritten, denn er ist der Vertreter unseres Bayerischen Städtetags - dann kann ich nur sagen: Mancher fällt auch einmal mit seinem Stuhl um, und das kann ihm jetzt passieren.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Wir von der SPD haben dafür gesorgt, dass die Verjährungsfristen verlängert werden. Deshalb machen wir uns im Moment keine großen Sorgen. Wir haben es gehört: Die Frist läuft länger als bis 2013. Und der Sonntag vorgestern sollte der FDP auch ein bisschen zu denken geben: Schnell kann man wieder weg sein von der Regierung. Wir werden die Zeit nutzen, um die, die dieses Drama verursacht haben, zur Rechenschaft zu ziehen.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Es geht um Schadenersatz- und Haftungsansprüche. Das Geld der Bürgerinnen und Bürger muss wieder zurück in die Staatskasse, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Deshalb kann man auch feststellen, dass es nach wie vor kein Geschäftsmodell bei der BayernLB gibt. Das Papier, das bei der EU eingereicht worden ist, datiert - ich habe es mir extra aufgeschrieben - vom 17. März 2009. Fortschreibungen sind uns in der Landesbank-Kommission bisher nicht vorgelegt worden. Am kommenden Donnerstag haben wir wieder eine Sitzung der Landesbank-Kommission. Ich bin gespannt, ob wir da etwas Neues hören.

Tatsache ist, dass die Landesbank ihre Kernkompetenzen völlig vernachlässigt hat. Sie hat in Amerika, sie hat in Schanghai, sie hat rund um den Erdball den Global Player geben wollen, dabei aber leider vergessen, dass die Musik daheim in Bayern spielt. Die Landesbank soll die heimische Wirtschaft stärken, sie ins Ausland begleiten, und sie soll vor allem ein Partner der Kommunen sein. Das hat sie alles vergessen.

Sie haben leider nichts daraus gelernt. Lieber Herr Verwaltungsratsvorsitzender, Sie haben, denke ich, in der nächsten Zeit noch einiges vor sich, denn wir werden mit Argusaugen darauf schauen, dass da nichts passiert.

Deshalb möchte ich Ihnen zum Schluss noch ein Schmankerl sagen. Im Jahre 2009 gab es ein Schreiben des Vorstands der BayernLB von Herrn Häusler und Herrn Kramer. Darin beschwerten sie sich bei der BaFin, also bei der Aufsichtsbehörde, über deren Kritik am Risikomanagement der BayernLB. Sie beschwören dabei das Bild eines Tankers. Vorhin haben wir schon den Kapitän gehört. Der Kapitän ist zwar im Moment nicht da, aber irgendeiner wird es ihm schon erzählen.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, er ist im Maschinenraum. - Die beiden beschwören also das Bild des Tankers, der nicht rechtzeitig vor den Hindernissen zum Stehen gebracht wird. Die Antwort der BaFin greift diese Metapher auf: Wenn die Mannschaft auf der Brücke die Möglichkeiten moderner Navigationstechniken gar nicht nutzt, kann sie natürlich den Aufprall auf das Hindernis schon deshalb nicht verhindern, weil sie es gar nicht erkennt.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Fußnote Nr. 777, Seite 213 des Untersuchungsberichts zur Frage 3.2.23.

Zum Schluss bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß, dass ich manchmal Ihre Ruhe gestört habe, aber dafür sind wir gewählt. Beim Neujahrsempfang der CSU in Erlangen-Höchstadt warnte Herr Beckstein vor zu großer Schwarzmalerei im Zusammenhang mit der Finanzkrise - ein Zitat aus der "Bayerischen Rundschau", das ist die Heimatzeitung bei uns, vom 26. Januar 2009, das ist die Fußnote dazu -: "Ich habe immer gedacht, wenn jemand fünfmal so viel verdient wie der Ministerpräsident, muss er auch mindestens doppelt so viel Verstand haben."

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Kollegin Aures. Es gibt noch einen Nachschlag durch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Klein. Bitte schön.

Karsten Klein (FDP): Frau Kollegin Aures, zuerst freue ich mich natürlich, dass Sie sich in den Farben der FDP angezogen haben. Das tut momentan sehr gut.

(Heiterkeit)

Aber zum eigentlichen Thema: Sie haben jetzt in Ihrer ganzen Euphorie alles für die SPD vereinnahmt. Das will ich ein bisschen richtigstellen. Die Regelung in der Gesetzgebung im Haushaltsausschuss geht, wenn man ehrlich ist, auf eine Initiative von

Georg Winter, CSU, zurück. Das wurde gemeinsam mit Unterstützung von Kollegen Halbleib beschlossen. Da muss man die Urheberschaft schon richtigstellen.

Was die Verjährung angeht, ist es zwar richtig, dass die SPD dazu einen Antrag in den Bayerischen Landtag eingebracht hat, aber die Änderung auf Bundesebene hat die Frau Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger durchgesetzt. Nur damit die Urheberschaft klar ist. Das ist ja momentan sehr wichtig.

Inge Aures (SPD): Und der Bundespräsident hat das noch vor Weihnachten unterschrieben. Sonst wäre sie von uns selbst verabschiedet worden - mit Ihren Stimmen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön. Damit sind alle guten Dinge wieder richtig zugeordnet, und wir können in der Aussprache mit Herrn Dr. Bauer fortfahren. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute den ganzen Tag ein juristisches Seminar erlebt. Es hat mich schon fasziniert, was der Kollege Herrmann alles gesagt hat. Aber eines möchte ich ihm ins Stammbuch schreiben: Die Juristerei ist nicht das ganze Leben, sondern die Juristerei ist ein Teilbereich des Lebens. Wir dürfen dieses Leben nicht vergessen. Es geht hier auch um die sozialen Interessen der Menschen. Mein Beitrag bezieht sich auf Folgendes: Welche sozialen Auswirkungen dieser Skandal für das Land hat, dürfen wir nicht vergessen. Die müssen hier auch zur Sprache kommen. Deswegen bin ich sehr dankbar dafür, dass die Freien Wähler einen Sozialpolitiker in diesen Ausschuss entsandt haben.

Wo sie recht hat, hat sie recht, die Frau Bundeskanzlerin - fast möchte ich sagen: Noch-Bundeskanzlerin - Angela Merkel. Sie hat recht, wenn sie sagt, man brauche kein Studium zu absolvieren und müsse kein Wirtschaftswissenschaftler sein, um mit Geld, auch mit großen Summen, umgehen zu können. Man müsse nur seinen gesun-

den Menschenverstand einsetzen und solle sich - so hat sie sich ausgedrückt - an der schwäbischen Hausfrau orientieren. Die schwäbische Hausfrau folgt einer ganz einfachen Regel: Jeder Euro, der eingenommen wird, kann nur einmal ausgegeben werden.

Genau diese Regel gilt auch für die Landesbank, für die HGAA, für dieses Debakel. Heute möchte ich aufzeigen, welche Folgen dieses Debakel, dieser Skandal für den Sozialetat in Bayern hat.

Zwischen 2009 und heute umfasste der Sozialhaushalt - Einzelplan 10 - 2,27 bis 2,54 Milliarden Euro. Der entstandene Schaden durch die HGAA beträgt, wie schon mehrfach gesagt, insgesamt 3,75 Milliarden Euro. Das heißt konkret: Der Schaden ist rund 1,5 Milliarden Euro höher als das, was für den gesamten Sozialetat im Freistaat Bayern in einem Jahr ausgegeben worden ist. Das sollte Ihnen zu denken geben, und das sollten Sie auch in dieser juristischen Auseinandersetzung beachten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Summe ist ungeheuer groß. Ein Vergleich zeigt auf, was man mit diesem Geld machen könnte. Um es deutlicher zu sagen: Dieser Schaden ist unsäglich.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch ein anderer Punkt ist in diesem Zusammenhang wichtig. Sie könnten mir jetzt vorwerfen, die 3,75 Milliarden Euro seien doch abgeschrieben. Ich möchte aber darstellen, welche Wirkungen die Zinszahlungen für den 10-Milliarden-Euro-Kredit auf den sozialen Bereich haben. Leider sind nur wenige Sozialpolitiker im Raum; vorhin habe ich einige gesehen. Aber ich gehe davon aus, Herr Dr. Detsch wird dem Ministerpräsidenten berichten, was das bedeutet.

Es wurden Kredite im Umfang von 10 Milliarden Euro aufgenommen, um die große Mehrheit der Anteile an der BayernLB aufzukaufen und die Eigenkapitalquote aufzutocken. Die Zinszahlungen für diese 10 Milliarden Euro - so steht es im Haushalt - betragen allein 400 Millionen Euro jährlich. Wenn Sie sich mit diesen großen Zahlen

nicht zurechtfinden, dann sollten Sie sich vor Augen halten, was das für einen einzigen Tag heißt: Jeden Tag werden allein für Zinsen auf diese Kredite über 1 Million Euro ausgegeben, das heißt, dem Steuerbürger aus der Tasche gezogen. Jeden Tag - auch heute, wo wir so lange darüber diskutieren - fließen über 1 Million Euro einfach weg!

Damit fallen jährlich 400 Millionen Euro für wichtige sozialpolitische Projekte weg. Was könnten wir damit umsetzen? Was könnten wir damit dauerhaft und ohne Schulden, das heißt seriös, finanzieren? Die rechte Seite neigt immer dazu, uns vorzuwerfen, wir könnten zwar viel fordern, wollten aber Schulden machen. Nein, ich spreche jetzt nur von diesen 400 Millionen Euro. Wenn das Geld nicht versemelt worden wäre, dann hätten wir diesen Betrag zur Verfügung.

Einige Beispiele: Das kostenfreie Kindergartenjahr - eine wichtige sozialpolitische Forderung - würde ungefähr 100 Millionen Euro im Jahr kosten. Was machen wir? Wir zahlen stattdessen Zinsen!

Der Sozialhilfeausgleich für die Bezirke - ich brauche hier sicherlich nicht zu erklären, was das bedeutet - ist das nächste Beispiel. Der Bezirksetat ufert im Moment aus, die Bezirke stöhnen unter der Finanzlast. 70 Millionen Euro könnten wir den Bezirken für wichtige sozialpolitische Ausgaben geben. Was machen wir? - Wir zahlen stattdessen Zinsen!

Das Megathema der Zukunft wird wohl die Generationenpolitik sein. Dazu gehören generationenübergreifende Projekte wie Mehrgenerationenhäuser, die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, die Ehrenamtskarte, alternative Wohnformen und Pflegestützpunkte. Ich habe die Aufwendungen dafür einmal geschätzt und bin auf ungefähr 50 Millionen Euro gekommen. Diesen jährlichen Betrag könnten wir in einem wichtigen Zukunftsbereich, einem sozialen Bereich, einsetzen, damit es den Menschen besser geht. Was machen wir hier? - Wir zahlen Zinsen!

Letztes Beispiel: Abschaffung der Studiengebühren. Das ist nicht nur ein bildungspolitisches, sondern auch ein sozialpolitisches Thema; denn die Familien werden davon belastet, sie müssen die Studiengebühren zahlen. Das sind ungefähr 160 Millionen Euro pro Jahr. Was machen wir? - Wir zahlen Zinsen!

Meine Damen und Herren! Alle genannten Vorhaben könnten solide, dauerhaft und seriös - ohne Schuldenaufnahme! - finanziert werden, wenn der Landesbankskandal nicht passiert wäre und wir dadurch nicht dauerhaft in unserer Handlungsunfähigkeit blockiert würden.

Das immer wieder vorgebrachte Lamento über hohe Zahlungen Bayerns in den Länderfinanzausgleich müsste nicht jedes Mal aus der Mottenkiste der Politiker herausgezogen werden, wenn wir diesen Skandal ernst nähmen; denn wir hätten genügend Geld!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Jetzt müssen die damals Verantwortlichen endlich politische Verantwortung übernehmen. Für mich als Sozialpolitiker ist es vordergründig egal, ob sie im juristischen Sinne fahrlässig oder grob fahrlässig gehandelt haben. Sie müssen einfach die politische Verantwortung übernehmen!

In diesem Haus wurde schon oft gesagt: "Was wollen denn die Freien Wähler? Die sind doch noch gar nicht richtig im Landtag angekommen." Das Gegenteil trifft zu. Wir sind bereits am ersten Tag im Landtag angekommen und haben auch sofort gehandelt. Bereits in der ersten regulären Sitzung am 23.10.2008 haben wir den Antrag auf Bildung einer "Sonstigen Kommission" nach § 40 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag gestellt. Lesen Sie unseren Antrag auf Drucksache 16/17 nach. Die Kommission wurde später tatsächlich eingerichtet.

Wenn Sie hier gelegentlich fragen, was wir denn überhaupt wollten, dann gebe ich Ihnen eine ganz klare Antwort: Wir wollen die verschleuderten, versemmelten Milliar-

den für die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates zurückhaben. Das fordern wir, das wollen wir. Dafür kämpfen wir jeden Tag im Landtag. Deswegen ist es auch richtig und wichtig, dass die Freien Wähler im Landtag sitzen!

Herr Klein, das, was Sie gesagt haben, war ganz gut. Damit schließt sich der Kreis. Ich denke, nur durch die neue Konstellation war es möglich, diese Ergebnisse zu erzielen.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erkennen Sie endlich an, welchen Schaden die Verantwortlichen angerichtet haben, welcher Schaden den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern durch den Landesbankskandal zugefügt worden ist; ich habe das für den sozialpolitischen Bereich dargestellt. Stehen Sie als verantwortliche Politiker endlich zu Ihrer Verantwortung! Übernehmen Sie die politische Verantwortung und ziehen Sie die Konsequenzen daraus! Beteiligen Sie sich endlich daran, den finanziellen Schaden angemessen auszugleichen, zum Beispiel durch Inanspruchnahme Ihrer Versicherungen! - Vielen Dank.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege. - Zum Ende der Aussprache hat sich Herr Kollege Dr. Rabenstein zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Herrmann von der CSU hat mir vorgeworfen, dass ich in meinem Buch "Der große Deal - Wie die BayernLB beim Kauf der Hypo Alpe Adria Milliarden verzockte" eine falsche Behauptung aufgestellt hätte.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): In welchem Verlag ist es erschienen? Was kostet es? - Heiterkeit)

- Das kommt später noch.

Es wurde behauptet, ich hätte gesagt, dass Josef Martinz, Obmann der Kärntner ÖVP, vor dem Untersuchungsausschuss in Bayern ausgesagt habe. Das weise ich zurück. Ich weise natürlich auch die Behauptung zurück, ich hätte einen Ghostwriter gehabt. Der zweite Guttenberg werde ich in jeder Beziehung mit Sicherheit nicht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich muss dazusagen: Ich freue mich natürlich, dass dieses Buch - es ist zweimal zitiert worden - so genau gelesen wird. Das ist eine große Freude.

(Zuruf von der CSU: Einer hat es schon gelesen!)

Es gibt Schwierigkeiten bei der Auslieferung. Der Verlag kommt gerade nicht nach.

Es geht um Seite 149, wo ich über den Untersuchungsausschuss kurz berichte. Ich gebe zu, dass ich Josef Martinz im Zusammenhang mit Gerhard Dörfler, der ja vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt hat, und Othmar Ederer nenne, aber nie behaupte, dass er hier im Untersuchungsausschuss des Landtags gewesen wäre. Denn diese Klammer "Untersuchungsausschuss am 09.07.2010" bezieht sich eindeutig auf Herrn Dörfler, der nachweislich ausgesagt hat, und dann kommt das Zitat des Herrn Martinz, und das heißt: "Das Land Kärnten kann nicht der Watschenmann für Bayern sein." Dieses Zitat stammt aus der "Kleinen Zeitung".

(Zurufe von der CSU)

Dort ergänzte er, und zwar - damit das klar wird - in dem Zusammenhang damit, dass die Österreicher hier ein tolles Geschäft gemacht haben.

(Alexander König (CSU): Jetzt müssen alle das Buch kaufen und nachlesen!)

Dieses Zitat - das möchte ich ganz deutlich sagen - stammt aus der "Kleinen Zeitung" vom 5. Januar 2010. Dort heißt es wörtlich:

Auch Martinz betonte den Verkaufserfolg und kritisierte die CSU: "Das Land Kärnten kann nicht der Watschenmann für Bayern sein."

Das ist das Zitat. Genau dieselbe Äußerung fällt übrigens noch einmal im "Handelsblatt" vom 6. Januar 2010. Ich habe also richtig zitiert und nie behauptet, dass er hier im Untersuchungsausschuss in Bayern war,

(Alexander König (CSU): Wann und wo ist denn die nächste Lesung, Herr Dr. Rabenstein?)

wobei man dazusagen muss, dass Josef Martinz im Untersuchungsausschuss in Kärnten war. Das stimmt allerdings. Aber die andere Behauptung weise ich zurück.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Rabenstein.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.